

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 6,75 Bl., monatlich 2,25 Bl. In den Ausgabestellen monatlich 2,75 Bl. Bei Postbezug vierteljährlich 9,33 Bl., monatlich 3,11 Bl. Unter Streifenband in Polen monatlich 5 Bl., Danzig 3 Gulden. Deutschland 2,5 Reichsmark. — Einzelnummer 20 Gr. Bei höherer Gemalt (Betriebsführung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Verursachung Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonnenzeile 20 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 100 Groschen. Danzig 20 bis 100 Gr. Pf. Deutschland 20 bzw. 100 Goldpf., übriges Ausland 100 %, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schnellerem Satz 50 %, Aufschlag. — Abstellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 50 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Postkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 245.

Bromberg, Freitag den 23. Oktober 1925.

49. Jahrg.

Die Wahlen im Memelgebiet.

Bisher liegen die Ergebnisse aus 72 von 80 Wahlbezirken vor. Die in der deutschen Einheitsfront marschierenden drei Parteien haben insgesamt 54 547 Stimmen erhalten (davon die Memelländische Volkspartei 22 784, die Memelländische Landwirtschaftspartei 22 824, die Sozialdemokraten 8939 Stimmen). Die acht untereinander verbundenen großlitauischen Parteien haben nur 2362 Stimmen auf sich vereinigen können. Die Liste des ebenfalls litauisch eingestellten Autonomiebundes erhielt 495, die Kommunisten 1499 und die übrigen Splitterparteien 621 Stimmen. Eine irgendwie beachtliche Verschiebung des Ergebnisses ist nicht mehr zu erwarten, da nur noch einige kleine ländliche Bezirke ausstehen. Voraussichtlich werden also von den insgesamt 29 Sitzen die großlitauischen Parteien höchstens zwei Mandate belegen. Der Rest kommt in deutsche Hand.

Die Heiligkeit des Friedensbittats von Versailles erscheint in einem neuen Glanz. Der 99. Artikel dieses Werkes, in dem das Memelgebiet ohne Volksabstimmung den alliierten und assoziierten Hauptmächten zugeteilt wird, präsentiert sich von neuem in seiner ganzen Unmöglichkeit. Von den 150 000 Einwohnern des Gebietes waren allerdings (wie auch in der deutschen Statistik angegeben wird) etwa 53 Prozent litauischer und nur 47 Prozent deutscher Volkszugehörigkeit. Doch bekanntlich sind Volk und Staat verschiedene Begriffe, und ebenso wie ein großer, vielfach sogar der größere Teil der polnischen Volksangehörigen in den Abstammungsgebieten von Westpreußen, Ostpreußen und Oberschlesien den preussisch-deutschen Staat wollten, ebenso waren auch die Litauer im Memelgebiet, von geringen Ausnahmen abgesehen, durchaus abgeneigt, dem Anschluß an den litauischen Staat zuzustimmen. Darüber hinaus haben die letzten — völlig unbefangenen — Ergebnisse der Elternbefragung im Memelgebiet über die Unterrichtssprache in den Volksschulen ergeben, daß die überwältigende Mehrheit der noch an der litauischen Familiensprache festhaltenden Eltern den deutschen Schulunterricht wünscht, also nicht abgeneigt ist, bei völliger Wahrung der litauischen Sonderrechte sich kulturell an den deutschen Nachbarn anzuschließen.

Die am 19. d. M. für das Deutschum so glänzend verlaufenen Wahlen zum Memeler Seimelis kommen einer Volksabstimmung gleich, die Versailles leider nicht vorgeesehen hat. Das Ergebnis ist um so wirkungsvoller, als diese Wahlen nicht unter neutraler, sondern unter litauischer Aufsicht stattgefunden haben. Allerdings muß mit Anerkennung festgestellt werden, daß diese Volksbefragung deshalb so unversälfcht erscheint, weil die litauische Regierung darauf verzichtet hat, die bodenständige Bevölkerung des Memelgebietes durch eine Entdeckungspolitik im großen Stil zu verdrängen. Freilich, auch hier im „ultima Thule“ des deutschen Ostens konnten die Memelländer bei ihrer Wahlpropaganda eine lange Mahnliste vollschreiben, in der genau dieselben traurigen Zustände ins Gedächtnis zurückgerufen wurden, die wir Deutschen in Polen zu beklagen haben. Wir hoffen, daß das glänzende Selbstbehauptungsbesknehtnis der deutschen Memelländer die litauische Regierung auch in diesem dunklen Punkte zur Besinnung bringt. Es ist ein eigen Ding um das Wollen der historischen Gerechtigkeit.

Der „sacro egoismo“, der sich mit dem heiligen Schein des Nationalismus umgibt, schadet letzten Endes nur dem nationalen Egoisten selbst. Daß diese Tatsache schon im Laufe von 6 Jahren offenbar wird, ist einer der wenigen Vorteile der Schnelligkeit und Veränderlichkeit unserer Zeit. Wer die Geschichte der Völker kennt, und mit größeren Vergleichsmöglichkeiten zu messen vermag, als sie den beschränkten Hirnen chauvinistischer Klügelführer zur Verfügung stehen, der sieht selbst hinter dem großen Schatten eines Mussolini die rächende Hand aufragen, die sich die Unterdrückung der Meinungsfreiheit im italienischen Volk und noch mehr die Regierung der unabänderlichen Volksrechte des deutschen Südtirols nicht für ewige Zeiten gefallen läßt.

In diesem Sinne begrüßen nicht nur die deutschen Minderheiten aller Staaten, sondern alle von Mehrheiten beherrschten Nationalitäten Europas, die am 15. und 16. Oktober zum ersten Mal in Genf versammelt waren, das leuchtende Mal, das die deutschen Memelländer durch ihre glatte Wahlarbeit dem nach neuen Wegen suchenden Europa als Wegweiser zur Gerechtigkeit errichtet haben.

Die böse alte Zeit.

Paris, 21. Oktober. Der bekannte politische Schriftsteller Victor Margueritte besaß sich heute in der neu gegründeten Zeitung „La Voix“ mit Vercano und schreibt:

„Damit die Internationale von Vercano lebensfähig wird, ist eine französisch-deutsche Annäherung, die über den vergangensten Stempel der Ranzigkeit hinausgeht, nötig. Das Ja, das der Duai d'Orsay und die Wilhelmstraße ausgesprochen haben, kann nur fruchtbar sein,

wenn es nicht nur mit den Lippen gesprochen wurde. Dieses Ja muß in die Herzen der beiden Völker übergehen. Es ist eine gebieterische Pflicht der Stunde, der Vergangenheit den Rücken zu kehren. Wir Franzosen dürfen nicht in der lächerlichen Haltung verbleiben, daß wir eine Hand entgegenstrecken und die andere verweigern. Hat es sich doch gezeigt, daß die französische Politik, um ein Sechzigmillionenvolk eine chinesische Mauer zu ziehen, falsch war. Auch das eiserne Korsett der kleinen Entente wäre gut für mittelalterliche Zeiten gewesen. Aber die wirtschaftlichen Gesetze wie auch die geistigen Forderungen werden es früher oder später doch zerschmettern. Die Tollheit des Poincarismus war, daß er sich auflöste wie ein Frosch. Jede Politik ist Selbstmord, die ihre Mittel überschätzt. Auch die englische Forderung, die deutschen Kolonien zu konfiszieren, ist absurd. Absurd und ungerecht ist auch die Forderung der Alliierten, das deutsche Volk mit der entehrenden Verschuldung der alleinigen Kriegsschuld zu belasten.“

Amnestierung der polnischen Aufständischen in Oberschlesien.

Rattowig, 20. Oktober. P.M. Die Gemischte Kommission für Oberschlesien meldet: „In ihrer letzten Sitzung nahm die Kommission die Mitteilung des Vertreters der Deutschen Reichsregierung entgegen, nach welcher das Amnestiegesetz vom 17. August 1925 auch auf die Personen Anwendung finden soll, die wegen ihrer Zugehörigkeit zu den schlesischen aufständischen Verbänden strafrechtlich verfolgt werden. Diejenigen Personen, die ihre Gefangenschaft noch nicht verbüßt haben, werden auf Grund der Amnestie auf freien Fuß gesetzt, geschenkt werden auch die Gerichtskosten und die Geldstrafen. Strafverfahren, die anhängig gemacht worden sind, werden niedergelegt und neue Strafverfahren werden nicht eingeleitet, sofern die strafbaren Handlungen vor dem 15. Juli 1925 begangen wurden, und sofern sie nicht die Merkmale eines besonders schweren Verbrechens tragen.“

Die Gemischte Kommission berührt die Amnestie mit großer Befriedigung und hält sie für eine Anordnung, die zur Versöhnung und Beruhigung beitragen wird.“

Auch der Finanzminister soll Steuern zahlen.

Warschau, 21. Oktober. Grabski, dessen Steuerpolitik so manchem guten polnischen Bürger ein kräftiges Wort aus dem Munde entlockt, soll nun selber daran glauben müssen: Vor einigen Tagen erhielt er eine Zahlungsaufforderung auf die Vermögenssteuer für seine Güter in Höhe von 72 000 Zł. Grabski wandte sich sofort an den Leiter der Steuerabteilung, der jedoch erklärte, daß dieser Betrag tatsächlich zu zahlen sei. Darauf ließ Grabski den Direktor der Steuerabteilung zu sich bitten. Wie groß war jedoch Grabskis Erstaunen, als dieser vorkam, bei Ermittlung der Steuer mit peinlicher Genauigkeit laut Vorschrift des Finanzministeriums vorgegangen zu sein.

Außenminister Strzyński über Vercano.

Warschau, 22. Oktober. Gestern mittag fand eine Sitzung der Sejmkommission für auswärtige Angelegenheiten statt, die man seit einigen Tagen mit großer Spannung erwartete. Sollte doch in dieser Sitzung Außenminister Strzyński über das Ergebnis der Konferenz von Vercano Bericht erstatten. Die Teilnahme der Abgeordneten an der Kommissionsitzung war groß. Der Vorsitzende der Kommission, Abg. Debbski, erteilte sofort nach der Eröffnung der Sitzung das Wort dem Außenminister, der etwa 45 Minuten lang sprach. Seine Ausführungen waren sachlich, und es war ihm vor allem daran gelegen, den Pessimismus, der ob des Ausgangs der Konferenz in den polnischen politischen und parlamentarischen Kreisen vielfach herrschte, zu zerstreuen. Und dies soll ihm auch, wie die Abgeordneten später erklärten, vollkommen gelungen sein.

Strzyński führte u. a. aus, daß der Charakter, das Ziel und das Ergebnis der Beratungen in Vercano sich am besten aus dem Schlußprotokoll ergeben, das durch die Vertreter der sieben Mächte unterzeichnet wurde. Auf Einzelheiten der Schlußabkommen wolle er nicht näher eingehen, man werde hierzu in den Sejmkommissionen genügend Gelegenheit haben. Im übrigen sei der Inhalt dieser Abkommen für alle Staaten einheitlich, und Polen habe sich daher von dem Abschluß eines solchen Abkommens nicht ausschließen können. Er wolle heute nur über die wichtigsten Punkte, die das größte Interesse geweden, gleichzeitig aber auch eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen hätten, sprechen.

Wie entstand der Rheinpakt?

Der Minister erinnerte an die Friedenskonferenz vom Jahre 1919 und sagte, daß Frankreich schon damals von England und von dem damaligen amerikanischen Staatspräsidenten die Zusage erhalten habe, die Garantie am Rhein erhalten zu haben. Nur aus diesem Grunde sei Frankreich von seinen territorialen Forderungen, d. h. von der Verlegung seiner Grenzen bis an den Rhein, abgegangen. Die Verpflichtung habe somit seit fünf Jahren bestanden, doch seitdem Amerika den Völkerbund und die europäischen Fragen negiert, habe sich die Notwendigkeit ergeben, die Sicherheitsfrage nochmals aufzurollen. England habe jetzt seine Versprechungen erfüllt. Die Garantie, die der rheinische Pakt gibt, ist also nichts Neues, das etwa die Grundlagen des Versailler Vertrages ändern könnte.

Es ergibt sich nun die Frage, ob dieser rheinische Pakt nicht eine erneute Barriere ist, die Frankreich von dem übrigen Europa trennt, und ob Frankreich nach dem Abschluß dieses Vertrages das Recht hat, uns zu Hilfe zu kommen.

men. Im rheinischen Pakt wird die letzte Frage bejaht. Auf Grund des Art. 16 kann Frankreich Polen in dem Falle zu Hilfe kommen, wenn Deutschland Polen angreifen würde. In diesem Artikel heißt es nämlich, daß im Falle eines Angriffs gegen einen dem Völkerbunde angehörenden Staat durch einen anderen Staat, der dem Völkerbunde gleichfalls angehört, sich alle Mitglieder des Völkerbundes für bedroht und angegriffen erachten und zur Selbstverteidigung schreiten können. In verschiedenen Abschnitten des Rheinpaktes ist die Rede von der Entscheidung des Völkerbundes, während der Art. 16 von der eigenen Ansicht eines jeden der Staaten handelt. Doch diese Einschränkung bestand schon in unserem Bündnisvertrag mit Frankreich. Der Rheinpakt gibt uns die Möglichkeit, unser Bündnis mit Frankreich denjenigen Staaten mitzuteilen, die den Pakt unterzeichnet haben. Und dieses Bündnis ist ihnen bereits in Locarno mitgeteilt worden. Durch das Bündnis werden unsere früheren Abkommen nicht aufgehoben, es gibt vielmehr den anderen Staaten zur Kenntnis, daß, wenn Polen angegriffen würde, Frankreich verpflichtet ist, uns zu Hilfe zu kommen. Diese Umschreibung ist bedeutend deutlicher, als im vorigen Bündnis, denn dort war die Rede von Beratungen in einem Anzweifelsfall, hier dagegen spricht man von der Pflicht, der sofortigen Hilfeleistung. Die Grundlage dieses hervorragenden internationalen Aktes, der in Locarno zustande kam, ist ein Schiedsvertrag, nach welchem internationale Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege erledigt werden sollen. Von dieser Zeit an wollen also sieben Staaten eine friedliche Regelung internationaler Streitigkeiten herbeiführen, um nach Möglichkeit einen Krieg zu vermeiden.

Das Schiedsabkommen zwischen Polen und Deutschland.

Das Schiedsgerichtsabkommen zwischen Polen und Deutschland ist identisch mit den anderen Schiedsverträgen. Es handelt sich hier vor allem darum, wie dieser Mechanismus funktionieren soll. Welches sind die Ziele und Aufgaben dieses Abkommens? Es handelt sich um die Beilegung sämtlicher Streitigkeiten, um die Entscheidung über Rechte und Pflichten durch ein obligatorisches Abkommen und um die Regelung durch ein Konzilium alles dessen, was zweifelhafte Interessen betrifft, die zum Kriege führen könnten; ein solches Konzilium ist allerdings für niemanden bindend. Was sind nun Streitigkeiten um Rechte? Für Juristen ist es klar, daß der Richter über Rechte entscheidet, die sich auf Verträge stützen; doch der Richter ist nicht dazu berufen, zu entscheiden, ob dieser Vertrag geändert werden soll oder nicht, was sich vom Rechtsstandpunkte aus von selbst versteht. Um diesem Akt nicht das Gepräge eines trockenen Rechtsakts zu geben, wurde in der Einleitung des Vertrags zwischen uns und Deutschland festgesetzt, daß wir alle den Frieden wünschen und daran glauben, daß auf friedlichem Wege eine Entspannung zwischen den Nationen möglich ist. In diesem Akt ist also für Zweifel kein Raum entfallen. Es können keine Diskussionen über Themen stattfinden, die Rechte betreffen, welche unter das Schiedsgerichtsabkommen fallen, so z. B. das Besitzrecht auf einem gewissen Territorium.

Die bestehenden Verträge können somit nicht mehr den Gegenstand irgendwelcher Kontraversionen und Unterschiede in den Ansichten bilden, da das internationale Tribunal zur Veränderung der bestehenden Verträge nicht kompetent ist, und die Konzile zur Veränderung eines grundlegenden Staatsrechts ohne beiderseitiges Einverständnis nicht führen können. Dieser Vertrag, der durch die Präsidenten Hindenburg und Wojciechowski unterzeichnet werden soll, um dem Dokument eine größere Bedeutung zu geben, stellt den beiderseitigen guten Willen zur Erledigung von Streitigkeiten auf der Grundlage der Unantastbarkeit der bestehenden Verträge fest.

Die Bedeutung der Verträge.

Bedeutet der Komplex der unterzeichneten Verträge eine vollständige Veränderung der bisherigen Beziehungen der Staaten zu einander? Sind das frühere Mißtrauen, der historische Haß von grenzenlosem Vertrauen und von Liebe abgelöst worden? Sicherlich nicht! Vercano ist nicht der Ausdruck dessen, daß in der Welt Gutes geschieht, sondern dessen, daß die Welt von Schlechtigkeiten erfüllt ist. Die Welt leidet unter der Nachkriegszeit, die weder Krieg noch Frieden bedeutet, leidet unter den Wunden, die ihr der Krieg geschlagen hat. Das Wirtschaftsleben kann sich nicht erholen, und schwer ist es nicht allein bei uns, sondern überall in Europa. Es gibt Leute, die, wenn es ihnen schlecht geht, sich damit helfen wollen, daß sie Schuldige suchen, Prozesse machen und die Zwietracht vergrößern. Sieben Staatsmänner, die in Vercano zusammenkamen, hatten den Mut, den Nationen und Staaten andere Wege zu weisen. Sie sagten sich, daß es jetzt schlecht gehe und daß man die Waffen niederlegen sollte. Mögen andere an einen Krieg, an eine Katastrophe glauben, doch soll diese Katastrophe schon morgen eintreten? Die in Vercano zusammengetretenen Staatsmänner sagten: Nein! Nicht aus dem Grunde, daß es gut geht, sondern gerade deswegen, weil es schlecht steht. Man muß im letzten Augenblick zur Besinnung kommen, und die Grundlagen für eine friedliche Arbeit schaffen. Als wir aus Vercano abreisten, wurde uns die Frage vorgelegt, wer einen Erfolg davongetragen hat, wer triumphieren kann?

Nach dem, was ich gesagt habe, lautet diese Frage wie eine Ironie. Sind wir denn dort zusammengetreten, um jemanden zu besiegen? Ist ein Triumph nur durch eine fremde Niederlage zu erreichen? Zeit wäre es, daß die Menschheit einen Triumph in der Verwirklichung der Ideale erblickt, es wäre Zeit, daß sich die Menschheit zu dem Bewußtsein durchdringt, daß es für keinen Staat eine Wohltat in einer allgemeinen Katastrophe und in einem allgemeinen Bankrott geben kann. Nein! Aus Vercano ist kein Triumphator abgereist, es ist kein Erfolg zustande gekommen, und es gab auch keinen Besiegten. Aus Vercano sind entweder die Grundlagen für eine gemeinsame konstruktive Arbeit hervorgegangen, was von den Abgeordneten hier, in London, Paris und überall abhängen wird, oder es ist überhaupt nichts zustande gekommen. Jeder Staat mußte auf der Suche nach einer gemeinsamen Linie seine individuellen Interessen und Rechte im Auge behalten. Es gab niemanden, der da sagte: ich opfere meine Interessen auf dem Friedensaltar. Es gab aber auch niemanden, der den Standpunkt vertrat,

daß man die gemeinsamen Interessen opfern und nur die eigenen Interessen mahnen wolle. Frankreich sagte: Ich habe ein Bündnis mit Polen und kann keinen internationalen Vertrag unterzeichnen, in welchem es einer heiligen Pflicht entgegensteht. Denn diese Pflicht entspricht den großen Interessen Frankreichs und der Aufrichtigkeit, die dieses an seine Unterchrist knüpft. Wenn man auf dieser Basis nicht diskutieren kann, so kann von weiteren Unterredungen keine Rede sein, und diese Grundlage wurde auch angenommen.

In Locarno ist, so schloß der Minister, ein politisches und moralisches Fort errichtet worden, das zur Vergrößerung des Sicherheitsgefühls und zur Stärkung der Sicherheit des polnischen Staates beitragen wird.

Die Abgeordneten, die mit großem Interesse den Ausführungen Skrzynski folgten, spendeten ihm lebhaften Beifall. Die Sitzung wurde alsdann geschlossen, ohne in eine Diskussion über das Exposé einzutreten.

Die Bedeutung des polnisch-französischen Garantievertrages.

Durch Stresemanns Brille betrachtet.

Die „Tägliche Rundschau“, das Herrn Stresemann nahestehende Organ, sucht ihre Leser durch folgenden Kommentar an leitender Stelle über den von Herrn Skrzynski beschriebenen Erfolg der polnischen Delegation und den neuen polnisch-französischen Garantievertrag hinwegzutäuschen:

„Diese Verträge sind nichts weiter als die Anpassung der bisherigen französischen Bündnisverträge mit Polen und der Tschechoslowakei an die in Locarno geschlossenen Verträge mit Deutschland. Frankreich stand vom Anfang an auf dem Standpunkt, daß es sich seine Sicherheit und seine neuen vertraglichen Verhältnisse mit Deutschland nicht durch Aufgabe der bisherigen Freundschaft mit Polen und der Tschechoslowakei erkauft haben könne und daher die bisherigen Verträge nicht zu annullieren vermöge, obwohl sie durch den mit Deutschland geschlossenen Vertrag in vielen Punkten gegenstandslos geworden sind. Briand hat am Schluß der Konferenz den deutschen Delegierten mitgeteilt, daß Frankreich neue Verträge mit Polen und der Tschechoslowakei abgeschlossen habe, und daß diese Verträge den deutschen Delegierten zur Einsicht offen ständen. Die deutschen Delegierten haben aber die Einsicht in die Verträge abgelehnt, da sie in keiner Weise mit diesen Verträgen etwas zu tun hätten, ihnen auch nicht durch Einsichtnahme eine besondere Bedeutung zulegen wollten, sondern auf dem Standpunkte ständen, daß das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich einerseits und zur Tschechoslowakei und Polen andererseits durch die in Locarno paraphierten Verträge festgelegt sei. Deren Wortlaut, für dessen genaue und sinngemäße Einhaltung sich England und Italien als Garanten zur Verfügung gestellt haben, rückt den Inhalt und die Auswirkung der französisch-polnischen und tschechisch-polnischen Verträge zunächst und für eine absehbare Zukunft außerhalb des Kreises praktischer Politik.“

Unsere Delegierten haben in Locarno mit aller Kraft und in den letzten Stadien mit einer quellschmerzhaften Deutlichkeit dem polnischen Delegierten erklärt, daß sie sein Verlangen nach einem Diktat rundweg ablehnen, da eine Anerkennung der polnischen Grenzen für alle Zukunft nicht zu denken sei. Wir haben keineswegs die Absicht, diese Grenzen mit Waffengewalt zu verändern, aber wir vertrauen der politischen und wirtschaftlichen Vernunft Europas, daß sie in absehbarer Zeit eine Änderung auf gutlichem Wege ermöglicht. In Locarno ist von allen Seiten zugestanden worden, daß die durch den Versailler Vertrag geschaffene Grenze im Osten eine unumgängliche ist und weder den Interessen Deutschlands, noch selbst Polens auf die Dauer gerecht wird. Die durch Unvernunft und das geschaffene Einrichtungs des polnischen Korridors bedeutet eine Wirtschaftslähmung des Ostens, die in einem zukünftigen friedlichen Europa oder in den von Briand in seiner Schlussrede genannten Vereinigten Staaten Europas nicht geduldet werden kann, da sie eine Lähmung des wirtschaftlichen Lebens und eine Quelle ewiger politischer Streitigkeiten darstellt.

Polen hat sich in Locarno auf den Standpunkt gestellt, daß alles beim alten bleibe und die Politik des Vertrages von Versailles fortgesetzt werden müsse. Es hat auch dem deutsch-polnischen Schiedsgerichtsvertrage ursprünglich widerstrebt und überhaupt dem gesamten Friedens- und Einigungswerke von Locarno mit sehr minimalen Sympathien, wenn nicht mit geheimer Abneigung gegenüberstanden. Es stand aber in Locarno allein, da der Außenminister der Tschechoslowakei die Veränderung früher erkannt und seine Politik neu orientiert hatte, noch bevor er nach Locarno abgereist war. Wenn der Vertrag von Locarno am 2. Dezember in London ratifiziert wird, so versteht es sich ganz von selbst, auch nach den neuen Schiedsgerichtsverträgen Frankreichs mit Polen und der Tschechoslowakei, daß in der Stellung dieser Staaten zu Deutschland, aber auch zu Frankreich sich eine Veränderung vollziehen wird. Durch die Schiedsgerichtsverträge mit Deutschland wird ein besseres Verhältnis zu Deutschland herbeigeführt werden, und werden insbesondere diese oft beklagten Willkürlichkeiten der polnischen Politik einer stabileren Politik weichen müssen, wenn sich Polen nicht vor dem Völkerbunde und vor seinen engeren Freunden dauernd ins Unrecht setzen will. Andererseits muß Polen begreifen, daß nach dem Sicherheitsvertrage zwischen Frankreich und Deutschland seine Rolle als Sturmloch gegen Deutschland überflüssig geworden, und daß es, wie Briand einmal im Gespräch meinte, für Frankreich weniger interessant geworden ist.

Man darf auch bei der Beurteilung des französisch-polnischen und tschechoslowakischen Vertrages nicht zu sehr am Buchstaben kleben, sondern muß dem Geiste von Locarno und den neu geschaffenen Verhältnissen zwischen Deutschland und Frankreich, sowie der neuen Stellung Deutschlands unter den Großmächten vertrauen. Manches, was noch aus der Nachkriegszeit in die neue Ära hinübergeschleppt wird, ist mittlerweile erstarrt und unzeitgemäß geworden und kann bei Auswirkung des Paktes auch nicht mehr zum Leben erweckt werden. Die Verträge Frankreichs mit den Oststaaten bedeuten daher weder eine Beunruhigung noch eine Beeinträchtigung der in Locarno geschaffenen Friedensgrundlage. Frankreich glaubte, seinen bisherigen Schutzstaaten diese Zusage nicht versagen zu können; praktisch dürfte sie sich aber niemals auswirken. (?) Wir glauben auch nicht, daß Polen oder die Tschechoslowakei ihre Politik gegenüber Deutschland auf diese Verträge hin einzustellen gedenkt. Auch sie werden ihre Politik nach dem entscheidenden Westpakt einrichten müssen.“

Eine zehnjährige Friedensperiode.

Die Beratungen über Locarno in Warschau.

Warschau, 20. Oktober. Gestern Abend versammelten sich im Präsidium des Ministerrats die vom Ministerpräsidenten eingeladenen Sejmfraktionen, um Berichte über die Wirtschaftslage und die Ergebnisse der Konferenz von Locarno entgegenzunehmen. Es waren Vertreter sämtlicher Fraktionen, mit Ausnahme des „Piast“, erschienen.

Nicht anwesend waren sowohl die Führer des „Piast“, als auch die Vertreter des „Piast“ im Sejmpräsidium, d. h. Sejmarschall Rataj, Vizemarschall Cieciorka und die Abg. Witos und Kiernik.

Ministerpräsident Grabski schloß die Versammlung die gegenwärtige Lage und seine Absichten für die nächste Zukunft, wobei er die Möglichkeit einer Auslandsanleihe ausführlicher erörterte.

Herr Grabski machte die Anwesenden mit dem augenblicklichen Stand der Handelsbilanz, der eine Besserung aufweise, bekannt. Außerdem behandelte der Ministerpräsident die Frage eines Handelsvertrages mit Deutschland und erklärte, daß Verhandlungen im Gange seien und daß die der polnischen Delegation erteilten Instruktionen darauf ausgehen, einen Vertrag auf rein wirtschaftlicher Grundlage und ohne Berücksichtigung der politischen Forderungen abzuschließen, die die deutsche Delegation aufgestellt hatte.

Darauf berichtete Minister Skrzynski über die Ergebnisse der Konferenz von Locarno und schilderte die Atmosphäre, in der sich diese Beratungen abwickelten. Herr Skrzynski betonte, daß die abgeschlossenen Verträge die Unantastbarkeit der bereits früher unterzeichneten Verträge garantieren und das polnisch-französisches Bündnis festigen. Der Unterschied zwischen dem Versailler Vertrag und dem gegenwärtigen Pakt bestehe darin, daß letzterer das Ergebnis eines freiwilligen Einverständnisses sei und daß ihn niemand zwangsweise unterschrieben habe. Im Laufe der Diskussion, die sich darauf entwickelte, wurde der Außenminister von verschiedenen Abgeordneten angegriffen.

In einer Unterredung mit Pressevertretern erklärte Minister Skrzynski, Polen habe dank Locarno eine wesentliche Stärkung seiner internationalen Lage erfahren. Polen trat dort nicht als Petent oder Objekt, sondern als gleichberechtigter Faktor mit den Großmächten auf. Unser Bündnis mit Frankreich wurde von England und den anderen Staaten anerkannt und garantiert, auch ist eine polnisch-englische Annäherung erfolgt.

Der polnisch-deutsche Schiedsvertrag bestimmt ausdrücklich, daß ohne das Einverständnis beider Staaten eine Revision der bestehenden Verträge nicht durchgeführt werden darf. Deutschland habe sich mit dem Antrag des Ministers, daß der deutsch-polnische Schiedsvertrag von den Präsidenten Hindenburg und Wojciechowski unterzeichnet werde, einverstanden erklärt.

In wirtschaftlicher Hinsicht werde der Vertrag von Locarno auch für uns in Amerika ein günstiges Echo finden. Dank Locarno könne man jetzt zumindest mit einer zehnjährigen Friedensperiode für Europa rechnen. Die Aussichten Polens, einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat zu erhalten, seien jetzt um 50 Prozent gestiegen.

Hinsichtlich unserer Wirtschaftslage erklärte der Minister, daß angesichts der wirtschaftlichen Fühlungnahme zwischen den europäischen Staaten Polen keine Schranke bilden dürfe, die den Zufluß von Wirtschaftsfaktoren zum lebendigen Organismus des internationalen Austausches hemmen könnte.

Grabski als Kurpfuscher.

In seinem Leitartikel in Nr. 241 vom 17. Oktober nimmt das führende Organ des Westmarkenvereins, der „Dziennik Poglądów“, zu der heutigen Wirtschaftslage und der jetzigen Regierung Grabski wie folgt Stellung:

Das Wirtschaftsleben macht jetzt eine schwere Krise durch. Die Lage des Staates ist ungemessen schwer. Darüber ist sich die ganze Volksgemeinschaft im Klaren. Es ist aber charakteristisch, daß die Regierung des Herrn Grabski ihren Optimismus nicht verliert. In seiner letzten Rede im Sejm äußerte sich der Premier, als er gewisse grundsätzliche Änderungen des Kurses in der Wirtschaftspolitik ankündete, über die allgemeine Lage mit einer starken Dosis Optimismus. Den Optimismus des Herrn Grabski kennen wir nicht erst seit gestern. Leider haben sich aber heute die Reihen derjenigen stark gelichtet, die diesen Optimismus teilen, und außer vielleicht den nächsten Mitarbeitern des Herrn Grabski glaubt sonst niemand an sein rosiges Porzellan. Es wäre ein großer Fehler, wenn heute die öffentliche Meinung hierzu schweigen wollte und teilnahmslos dem Experimentieren am lebendigen Wirtschaftsorganismus des Landes zusähe. Dieses Experimentieren dauerte schon fast zwei Jahre, und es führte uns dazu, daß die jetzige Regierung sich ernstlich damit beschäftigt, Teile unseres Staatsvermögens zu verkaufen oder zu verpachten, um vom Auslande finanzielle Hilfe zu erlangen.

Als Grabski vor zwei Jahren die Regierung übernahm, war die finanzielle Kraft des Staates noch nicht erschöpft.

Anstatt damals ein Wirtschaftsprogramm auszuarbeiten, begann Herr Grabski planlos auf dem Wege eines rücksichtslosen Fiskalismus vorzugehen, und sein ganzes Sanierungsprogramm stützte sich ausschließlich auf die Eingehung von Steuern.

Heute sehen wir das Resultat dieses Vorgehens.

Die heutige Lage ist erheblich schwieriger, als vor zwei Jahren.

Zwei Jahre hindurch zog man auf Grund demagogischer Grundfälle Steuern lediglich von den Personen ein, die ein großes Vermögen oder große Einkünfte besaßen. Die Zahl der Steuerzahler wurde immer kleiner und heute sind die Volksteile, die die ganze Steuerlast über ihre Kräfte hinaus tragen, vollständig erschöpft. Die wichtigste Steuerquelle beginnt zu versiegen. Schon der Finanzberater S. L. Young machte in seinem Bericht an den Premier vom 10. Februar 1924 darauf aufmerksam, daß Herr Grabski und seine Mitarbeiter hörten nicht darauf. Sie wollten lieber eigene Wege gehen und nicht den Rat eines erfahrenen Sachmannes hören. Die heutige Lage ist überaus schwierig. Trotzdem heißt sich die Regierung darauf, ihr fiskalisches Programm zu verwirklichen und kümmert sich nicht im geringsten um die wirtschaftliche Lage des Landes. Trotz der Zusage des Premiers, daß die Vermögenssteuer reformiert werden würde,

versenden die Finanzämter Zahlungsbefehle in solcher Steuermasse, daß niemand im Ernst an die Möglichkeit der Einziehung dieser Steuern glauben kann.

Außerdem sind gleichzeitig in nächster Zeit andere Steuern, wie Einkommen-, Grund- und Kommunalsteuern fällig. Die Zahlung dieser Steuern fällt in die Zeit der größten Wirtschaftskrisis und der größten Spannung auf dem Geldmarkt. Wenn alle Summen, die jetzt eingefordert werden, in der nächsten Zeit bezahlt werden müßten, würden zweifellos im ganzen Lande die Umlaufmittel verschwinden, das alles Vorgehen in der Steuerlage abfließen müßte. Und was soll dann mit dem Wirtschaftsleben werden? Danach fragen Herr Grabski und seine Berater nicht.

Niemand fragt, woher die Steuerzahler das Geld zur Bezahlung der Steuern hernehmen sollen,

obgleich doch jedermann weiß, daß heute der Landwirt seine Ernte und der Kaufmann und Industrielle seine Waren nicht verkaufen kann. Wer in dieser Lage, da ganze Zweige unserer Industrie mit dem Geschäftstillstand kämpfen, da infolge des Fehlens der Umlaufmittel der Produzent seine Produkte nicht verwerten kann, und auch nicht imstande ist, für seine weitere Produktion die nötigen Rohstoffe heranzuschaffen, das staatliche Budget nur auf der Grundlage der fiskalischen Steuererträge balancieren will, gleicht einem Kurpfuscher, der für den kranken Organismus die einzige Rettung nur in einer weiteren riskanten Wundabspaltung sieht. Der Finanzminister, der in der heutigen Lage der Erschöpfung des staatlichen Wirtschaftsorganismus in bürokratischer Weise die Steuerschraube überhand, trägt nur dazu bei, daß die besten Staatsbürger der Erfüllung ihrer Pflichten passiven Widerstand entgegensetzen. Wir gelangen zu der Absurdität, die sich in den lapidaren Worten ausdrückt:

„Aus einem leeren Krüge kann man nichts eingießen.“

Alles das, was wir oben gesagt haben, zwingt uns zu der Annahme, daß sich der gegenwärtige Vetter unseres Staatschicks in der Diagnose unserer Krankheit nicht richtig orientiert und durch eine falsch geführte fiskalische Politik die wirtschaftlichen Schwierigkeiten unseres Lebens noch vergrößert.

Die Lage ist bedrohlich.

Wir sind weit davon entfernt, an den lebendigen Kräften unseres Volkes zu verzweifeln, aber es muß ein Staatsmann mit starker Hand gefunden werden, der die Lage zu meistern vermag durch Aufstellung eines vernünftigen Wirtschaftsprogramms und in Verbindung damit durch eine Reform des Steuerwesens. Die Volksgemeinschaft läßt sich heute durch den ewigen Optimismus nicht einschläfern, sondern sie muß fordern, daß mit dem Experimentieren Schluss gemacht wird, und daß man zu einer wirklichen Sanierung des Wirtschaftslebens schreitet.

Die Weltkonferenz für praktisches Christentum in Stockholm.

Zum letzten Sonntage waren die evangelischen Gemeindeglieder Polens zu einer Gemeindefeier geladen, die der Weltkonferenz für praktisches Christentum galt. Vom 19. bis 30. August d. J. hatten sich in Stockholm in Schweden über 600 Delegierte der evangelischen Kirchen aus der ganzen Welt zu gemeinsamen Beratungen vereinigt. Zur großen Freude des geistigen Vaters der Konferenz und des Mannes, der für ihre Vorbereitung die meiste Arbeit geleistet hatte, des Erzbischofs Soederblom von Upsala, hatten auch die griechisch-katholischen Kirchen des Ostens ihre Vertreter entsandt. Die Teilnahme dieser Vertreter war darum so bedeutungsvoll, weil hierdurch nach mehr als tausendjähriger Trennung zum ersten Male wieder die Möglichkeit zu gemeinsamer Arbeit gegeben war. Die römisch-katholische Kirche hatte als einzige christliche Kirche der Welt eine Beteiligung abgelehnt. Um bei der verschiedenen Einstellung der mehr als 600 Vertreter eine Grundlage für die Verhandlungen zu schaffen, waren von vornherein alle Fragen des Bekenntnisses und der Verfassung ausgeschlossen. Man hat vielmehr in großer Einmütigkeit daran gearbeitet, christliche Grundsätze für das Leben der Völker und Stände aufzustellen und das Gewissen der Christenheit zum Kampf gegen alle unchristlichen Erscheinungen im öffentlichen Dasein zu wecken.

Über diese Weltkonferenz berichteten nun am Sonntag Abend die vier nach Stockholm entsandten Vertreter unserer unierten evangelischen Kirche. Mit stillem Reiz folgte man Herrn Superintendenten Bildt bei seinen Schilderungen von „Land und Leuten in Schweden“. Die Herbstzeit des Landes hat auch seine Bewohner still, ja spröde gemacht. Bewunderungswürdig ist die Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit der Bewohner. Man kann seinen Regenschirm einmal stehen lassen, ohne gleich an Verlust zu denken, und man ist unwillkürlich geneigt, Vergleiche mit anderen Ländern anzustellen. Der evangelische Charakter des Landes wird durch die etwa 3000 Katholiken, die in ganz Schweden sind, nicht gestört.

Die große Bedeutung der Konferenz ließ schon ahnen, was Herr Konfirmandenlehrehring über die „Vorbereitung und Durchführung der Konferenz“ sagte. Seit 1914 hat Erzbischof Soederblom unermüdlich an dem Zustandekommen gearbeitet. Er hat die Konferenz erkämpft. Sie ist ihm die Ausführung eines ihm von Gott gewordenen Auftrages geworden. Als nach dem Kriege im Jahre 1920 zum ersten Male 99 Kirchenmänner sich in Genf trafen, waren sie dort mit Zittern und Zagen im Gebet zusammen. Die große Gattfreundschaft der schwedischen Bevölkerung und das weitgehende Entgegenkommen aller Behörden ermöglichte das Gelingen der Konferenz. Die Beratungen waren nicht immer einfach. In die Verschiedenartigkeit der Beratungsgegenstände und der geistigen Einstellung der Konferenzteilnehmer ließ uns Herr Pastor S. Rowy einen Blick tun. So mannigfaltig sie im einzelnen waren, alle Vertreter waren doch bemüht, ihre Einstellung zu den Fragen von dem Geiste Jesu Christi beeinflussen zu lassen. „Der Ertrag der Weltkonferenz“ zeigte Herr Generalinspektor D. Blau. Ein Fortschrittsausblick ist beauftragt, die Arbeiten der Konferenz weiter zu führen. Eine protestantisch-orthodoxe Einheitsfront ist gebildet. Der Protestantismus hat sich als eine führende Macht erwiesen. Es bahnt sich ein christliches Weltbewußtsein an. Schließlich war die Konferenz eine gewaltige Lebensäußerung der Kirche Christi. Die evangelische und orthodoxe Christenheit hat sich als eine Wirklichkeit gezeigt, an der man nicht vorübergehen darf. Bei aller Verschiedenheit gibt es ein gemeinsames.

Die Berichte waren umrahmt von Gemeindeliedern und zwei Gesängen des Bachvereins.

Die beiden Chorgesänge (Meister, Dich suchst die ganze Welt, und O seliger Tag) waren aus dem Gesangbuch genommen, welches für die Stockholmer besonders zusammengestellt und gedruckt war. Es trug den Namen Komunito (Gemeinschaft) und brachte 60 Lieder, die meisten in vier Sprachen, schwedisch, französisch, deutsch, englisch, einige auch in lateinischem und griechischem Text. Täglich erklangen diese Lieder aus mehreren hundert Stimmen in den verschiedenen Sprachen. Ist es nicht eine Fernwirkung, wenn wir zwei dieser Lieder — namentlich das letzte, O seliger Tag, wurde bei der Konferenz mehrfach und gern gesungen — jetzt hier in Polen in deutscher Sprache hören, in einem von Farrer D. Grculich herrührenden Satz? Ein Engländer spricht in einer kürzlich herausgegebenen kirchlichen Zeitschrift (The Review of the Church Seite 521) von der großen Vision des Erzbischofes von Stockholm, welche in diesem Sommer Wirklichkeit geworden ist. In der Tat hat viel unüberwindliche gläubige Zuversicht dazu gehört, um das Werk aufzubrengen zu bringen. Es wird sich zeigen, ob die Arbeiten der Konferenz in gleicher unermüdlicher und umsichtiger Weise fortgesetzt werden und ob das begonnene Werk in der nun einsetzenden wissenschaftlichen praktischen Arbeit neues wirkendes Leben zu schaffen imstande ist.

Republik Polen.

Skrzynski geht erst im Frühling nach Moskau.

Warschau, 20. Oktober. Wie verlautet, wird Außenminister Skrzynski dem russischen Außenkommissar Tschichowin erst im Frühjahr einen Gegenbesuch abstatten. Die Nachricht, daß Herr Skrzynski sich bereits am 20. November nach Moskau begibt, beruht auf einem Mißverständnis.

Ungebühr vor Gericht.

In einer vor dem Rattowitzer Friedensgericht zur Verhandlung gelangenden Privatklagesache fragte der Vorsitzende des Gerichts nach dem in polnischer Sprache gehaltenen Plädoyer des Vertreters des Privatklägers den Angeklagten, ob er die Ausführungen des Anwalts verstanden hätte. Der Angeklagte erwiderte: „Leider nicht, es sei schade, daß der Anwalt nicht, wie schon vor Beginn der Verhandlung, deutsch gesprochen habe. Er hätte ja auch früher deutsch gesprochen.“ Das Gericht nahm daraufhin den Angeklagten wegen Ungebühr vor Gericht nach § 179 des Gerichtsverfassungsgesetzes in eine Ordnungsbüße von 100 Zloty. Auf die nach § 183 des Gerichtsverfassungsgesetzes bei dem Appellationsgericht in Rattowitz eingelegte Beschwerde hat dieses Gericht die genannte Entscheidung aufgehoben, weil in der Äußerung des Angeklagten eine Ungebühr vor Gericht nicht erblickt werden könne. Die Äußerung des Angeklagten sei rein sachlich gewesen, wenn sie in der Form vielleicht nicht ganz korrekt gewesen wäre, so sei dies lediglich auf die Erregung des Angeklagten zurückzuführen.

(Beschluß des Appellationsgerichts in Rattowitz vom 26. September 1925.)

Bommerellen.

22. Oktober.

Graudenz (Grudziadz).

d. Der Haus- und Grundbesitzerverein hielt am Dienstag im „Goldenen Löwen“ eine Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende, Steinmetzmeister Goeke, berichtete eingehend über die Vermögenssteuer. Der städtische Haus- und Grundbesitzer ist durch die verschiedenen hohen Steuern derart überlastet, daß es ihm nicht möglich ist, die geforderten hohen Beträge zu leisten, zumal die Zwangswirtschaft der Mietwohnungen die Einnahmen stark zusammenschürpft. Die weitere Steigerung der Steuer um 120 Prozent, die nach einer weiteren Bekanntgabe erfolgen soll, geht weit über das Können der Hausbesitzer hinaus. Der Vorstand hat bereits durch den Bezirksverband in Thorn eine Eingabe an den Finanzminister und an den Sejmarschall abgeschickt. Es wurde beschlossen, ähnlich wie es bereits von anderen Organisationen geschehen ist, eine Reklamation in Druck erscheinen zu lassen, die an das Finanzamt von den Veranlagten unter Beifügung einer Stempelmarke eingereicht werden kann. In einer anderen Eingabe soll um Gewährung von Ratenzahlungen für die Vermögenssteuer gebeten werden. Es wurde aber auf jeden Fall die Frist von 30 Tagen nach der Zustellung der Zahlungsaufforderung innegehalten werden. Es wurde dann mitgeteilt, daß neuerdings von der städtischen Sparkasse an Hypothekenschuldner Aufforderungen zur Zahlung von Gebühren für die Aufwertungsberechnung der Hypotheken ergangen sind. Diese Gebühren sind nun sehr hoch, infolgedessen werden die beteiligten Mitglieder wegen Ermäßigung vorstellig werden. Es wurde sodann angeregt, daß in jedem Vierteljahr eine Hauptversammlung stattfinden möge, in der ein oder mehrere Stadtverordnete über die Vorgänge im Stadtparlament berichten. Es wurde auf diese Weise das Interesse an der Kommunalpolitik gehoben werden. Die Anregung fand allseitig Anklang und die anwesenden Stadtverordneten zeigten sich gern bereit, derartige Berichte zu erstatten. Die Einladungen zu den Versammlungen des Vereins sollen nur in der „Deutschen Rundschau“ in Bromberg erfolgen, da diese unter den Mitglieðern hauptsächlich gelesen wird.

A. Von der Weichsel. Am Dienstag kamen einige Flöße vorüber, jedes wurde von einem Dampfer geschleppt. Unterhalb der Trümmerrücklage liegt seit einigen Tagen ein größeres Floß festgelegt. Am Dienstag fuhr der Seitenrad-dampfer „Steinfeller“ mit mehreren größeren Fahrzeugen Stromab, und ein Hinterraddampfer mit fünf großen Fahrzeugen im Schlepp Stromauf. Die städtische Badeanstalt liegt noch auf ihrem Platz, während die Militärbadeanstalt, wie schon erwähnt, bereits vor einigen Tagen abgebaut wurde.

Der Mittwoch-Wochenmarkt hatte sehr unter der Ungunst der Witterung zu leiden. Die Zufuhr an Kartoffeln war gering, Obst und Gemüse aber reichlich vorhanden zu unveränderten Preisen. Es wurden folgende Preise gezahlt: Butter 1,90-2,20, Eier 2,30-2,80, Kartoffeln 2,50-3. Auf dem Fischmarkt kosteten: Hechte 1,40, Aal 2,00, Zander 2-2,50, Schleie 1,70, Barsche und Brachsen 80-1,00, Wlöße 35-60, Karauschen 1,20. Der Geflügelmarkt zeigte Bratgänse von ca. 10 Pfund schon mit 6 Al. angefüllte Gänse von 10 Pfund kosteten gerupft 80 gr pro Pfund. Bratenten brachten 3,50-5, lebende Enten 3-4, junge Hühner 1-1,50, alte 2,50-3. Trotz der geringen Zufuhr an Kartoffeln wurden diese auch zu billigen Preisen nicht alle abgesetzt.

Der Mittwoch-Schweinemarkt war recht gut besucht. Besonders stark war die Nachfrage nach Ferkeln. Das Paar Abfahrferkel wurde zu 27-40 abgegeben. Käufer waren auch reichlich vorhanden, und an maffstichtigen Schweinen fehlte es ebenfalls nicht. Man zahlte für den Zentner ca. 65-70. Trotz der Geldknappheit verlief der Markt ziemlich lebhaft.

Thorn (Torun).

t. Der erste Schnee. Nachdem schon vor längerer Zeit die Temperatur merklich zurückgegangen und während verschiedener Nächte bereits mehr oder weniger starke Fröste eingetreten waren (in der Nacht zu Mittwoch fast 3 Grad unter Null), folgte Mittwoch früh als weiterer Vorbote des kommenden Winters der erste Schnee. Er fiel recht dicht und blieb auch auf dem Erdboden liegen, ohne gleich zu Wasser zu werden. In den Mittagsstunden einziehender Regen machte dann der weißen Herrlichkeit ein Ende.

— Selbstmorde. In der Nacht zum Dienstag erschoss sich in seiner Wohnung, Parkstraße (Konopnickiej) ein Beamter. Der Grund zur Tat ist unbekannt. Als am Dienstag zwei Frauen am Stadtpark vorübergingen, hörten sie plötzlich einen Schuß fallen, und machten dem nächsten Polizeiposten Meldung. Dieser begab sich in der angegebenen Richtung auf die Suche und fand einen älteren Mann durch Kopfschuß getötet vor. Wie sich später herausstellte, war es ein pensionierter Oberst der polnischen Armee aus Thorn, der aus bisher unbekannten Gründen Selbstmord verübt hatte. Er hat Briefe an seine Familie hinterlassen.

t. Außenhände hatten vor längerer Zeit eine größere Anzahl bleiverglaster wertvoller Kirchenfenster der evangelisch-reformierten Kirche neben der Hauptfeuerwache eingeschlagen. Nachdem jetzt unter großem Kostenaufwand der Schaden beseitigt ist und das Gotteshaus wieder benutzt werden kann, findet an diesem Sonntag (25. 10.), vormittags um 10 Uhr, ein Gottesdienst statt, den Pfarrer Anuschk-Gurske hält.

— Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich Dienstag nacht auf dem Hauptbahnhof. Beim Rangieren auf dem Güterbahnhof geriet der Rangierer Józef Szymeczek mit dem linken Fuße zwischen die Schienen gerade beim Umstellen der Weiche, und konnte sich trotz ganzer Kraftanstrengung nicht befreien. Die heran kommende Lokomotive, die auch nicht gleich halten konnte, schnitt dem Sz. das linke Bein oberhalb des Kniees, sowie den rechten Fuß ab. In dieser schweren Verletzung verstarb Sz. nach einigen Stunden. Der unglückliche Beamte hinterläßt eine zahlreiche Familie.

— Diebe verschiedener „Alibis“ fehlen neuerdings alle nur möglichen Dinge, die sicher kaum zu Geld gemacht werden können. So wurden einer Händlerin drei schöne Alexander im Werte von 75 Bloty gestohlen. Das Schaufenster des Photographen Melnicki in der Baderstraße (Lazienka) wurde eingeschlagen und sämtliche Bilder gestohlen. Einem Maurer Pietrykowski wurde sogar sein Handwerkszeug, bestehend aus Hammer, Kelle, Wasserwaage usw. gestohlen.

* Dirschau (Tszew), 21. Oktober. Neuerliche Arbeiterentlassungen mußte auch die hiesige Fabrik „Solignum“ in der früheren Zuckerfabrik vornehmen. Es sind dort wieder etwa 25 Schlosser resp. andere Facharbeiter

entlassen worden. Man sieht, auch bei uns wird die Arbeitslosigkeit immer größer und das schon Mitte Oktober.

* Mewe (Gutem), 21. Oktober. Die Mewer Kreditgesellschaft, Kommanditgesellschaft auf Aktien Georg Obuch, Mewe, hat in ihrer außerordentlichen Generalversammlung vom 17. 10. auf Grund des Bankgesetzes vom 27. Dezember 1924 die Liquidation beschlossen. Am gleichen Tage konnte die Firma auf ein 60 jähriges Bestehen und Herr Georg Obuch auf eine 42 jährige Tätigkeit in der Firma zurückblicken. Damit geht ein altangesehenes Bankhaus ein, das zu einem der besten hiesiger Gegend gezählt werden konnte. Wie wir hören, wird gleichzeitig die Gründung einer Kreditgenossenschaft in die Wege geleitet.

* Aus dem Kreise Schweg, 19. Oktober. Am 12. d. M. feierte Pfarrer Wolter-Jezewo sein 25 jähriges Amtsjubiläum. Am Tage vorher, einem Sonntag, hatte ihm die Gemeinde, deren Seelsorger Pfarrer W. seit 19 Jahren ist, die herzlichsten Glück- und Segenswünsche übermittelt. Am eigentlichen Jubiläumstage brachten die Pfarrer des Kirchenkreises dem Jubilar ihre Glückwünsche dar. Superintendent Morgenroth überreichte namens der Amtsbrüder mit herzlichen Worten eine wertvolle Bibel. Pfarrer Wolter versteht seit geraumer Zeit drei Gemeinden: Jezewo, Warlubien und Gruppe. Möge seine Amtsfreudigkeit und Kraft noch lange der evangelischen Kirche erhalten bleiben!

tz. Aus der Schweg-Neuenburger Niederung, 21. Oktober. Gestern, am Dienstag, wütete in Sanskau eine gewaltige Feuersbrunst. Auf dem Grundstück des Besitzers Paul Kopper brannte eine mit Dachsteinen gedeckte Scheune mit daran gebautem Speicher nieder. Das Feuer kam gegen Mittag in einem Strohhause aus, der in einiger Entfernung von der Scheune stand. Es war nicht möglich, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Die Scheune mit dem Speicher brannte mit nieder. Spritzen waren aus Montau und Lubin erschienen, und auch ein Löschzug der Feuerwehr Graudenz rückte an. Es gelang den vereinten Kräften, die anderen Gebäude des Gehöftes zu bewahren. Über die Entstehung des Brandes ist Näheres nicht zu erfahren. Es ist aber anzunehmen, daß die Sorglosigkeit beim Zigarettenrauchen bei diesem Schandfeuer auch eine Rolle spielt. Der Besitzer erleidet durch den Verlust der Stroh- und Getreidevorräte bedeutenden Schaden. — Die Herbstbestellung ist beendet. Die Kartoffeln sind aus der Erde genommen und auch die Futterrüben sind geerntet. Die Zuckerrübenbauern sind mit dem Abfahren der Rüben zur Weichseldestille beschäftigt. Diese werden in Röhre verladen und von dem Dampfer „Orlik“ nach der Zuckerrübenfabrik Schweg geschleppt. Die Zuckerrüben liefern im allgemeinen eine gute Mittelernte.

h. Straßburg (Brodnic), 20. Oktober. Auf dem gestrigen Wochenmarkt waren die Getreidepreise etwas gestiegen. Man zahlte für Weizen 10,50, Roggen 7,75, Gerste 8,50, Hafer 8 je Zentner. Kartoffeln fielen auf 1,40. Bei den Waren des täglichen Bedarfs konnte man keine Preisveränderungen feststellen.

Aus Kongresspolen und Galizien.

* Warschau (Warszawa), 20. Oktober. Gestern erschoss sich der Besitzer des Kaffeehauses „Roszowianka“, Czesław Twornicki, ein einst begüterter Mann, der durch die Wirtschaftskrise ruiniert wurde. Seine Leiche hielt in einer Hand den abgeschossenen Revolver, in der anderen einen Steuerzettel auf 25000 Al. Die Unmöglichkeit, diese gewaltige Summe zu bezahlen, hatte ihn in den Tod getrieben. — Gestern sollte vom Untersuchungsrichter der Kommunist Leszczynski verhört werden. Ein Polizist brachte ihn nach dem Bezirksgericht und führte ihn in das Zimmer des Untersuchungsrichters. Dieser nahm

das Verhör vor und befahl L., im Korridor zu warten, ohne davon den Polizisten zu verständigen. Leszczynski betrat den Korridor, mischte sich unter die vielen Interessenten und entfloß. Erst nach drei Stunden bekam der Polizist Sehnacht nach seinem Schlingel und suchte ihn. Untersuchungsrichter und Polizist machten große Augen und sahen sich verstört an. Die Verfolgung Leszczynskis wurde aufgenommen, verlief jedoch bis jetzt ergebnislos.

* Lodz, 20. Oktober. In dem bei Zakowice gelegenen Städtchen Bedzeln besteht das Café „Miespodzianka“, dessen Inhaber einen riesigen Wolfshund besitzt. Am Sonnabend früh fuhr der städtische Abdecker in den Straßen umher, um die ohne Maulkorb herumstreichenden Hunde einzufangen. Als er den großen Wolfshund vor der Haustür erblickte, warf er ihm ein Laffo um. Das Tier ließ sich das ruhig gefallen; als aber der Abdecker den Hund von seinem Ort fortzuziehen versuchte, sprang das Tier mit einem gewaltigen Satz auf den Mann zu und durchbiß ihm die Kehle. Der Abdecker war sofort tot.

Rundschau des Staatsbürgers.

Zur Liquidierung bestimmt

sind laut „Monitor“ Nr. 176-187 folgende Liegenschaften: die Rentenanfiedlungen Polak wies Nr. 8, Kr. Gnesen, Bes. Friedrich Bode; Lomaczyn Nr. 18, Kr. Posen, Bes. Hermann Redeweg und Frau; Kocanowo, Kr. Posen, Bes. Wilhelm Schütte; Smiatary Nr. 10/11, Kr. Gnesen, Bes. Ernst Meiering; Szubowo Chrzanowice Nr. 4, Kr. Wittkowo, Bes. Heinrich Münster; Strumiany Nr. 1, Kr. Schroda, Bes. Friedrich Pöhler; Lufamy Nr. 17, Kr. Dobornik, Bes. Heinrich Wiese; bebautes Grundstück in Znin, Bes. Martin Goebel; desgl. in Kolmar, Bes. Otto Goch; die Rentenanfiedlungen: Bzowo, Kr. Schweg, Bes. Wilhelm Nische; Kijewo Nr. 53, Kr. Hohensalza, Bes. Andreas Wener; Zabka Nr. 30/40, Kr. Czarnikau, Bes. Otto Stiehl; Wlanowo Nr. 24, Kr. Gnesen, Bes. Heinrich Rühlmann; Balczewo Nr. 5, Kr. Hohensalza, Bes. August Jolade; Biechowo Nr. 18, Kreis Schweg, Bes. Erich Koloff und Frau; Alcew Nr. 13, Kreis Gnesen, Bes. Friedrich Küpfer; Elabietkow Nr. 31, Kreis Kojchin, Bes. Heinrich Fiedemeier; Poblaski Wyloske Nr. 40, Kr. Bongrowitz, Bes. Heinrich Duerheim; Sobiesiernia, Kr. Wittkowo, Bes. August Wesselman; Grabowo Nr. 8, Kr. Bongrowitz, Bes. Gustav Rastner; Borowno Nr. 10, Kr. Bromberg, Bes. Wilhelm Sierig; Elabietkow Nr. 12, Kr. Kojchin, Bes. Heinrich Böse; Lednigora Nr. 18, Kr. Gnesen, Bes. Franz Klauing; Jaromierz Nr. 2, Kreis Wollstein, Bes. Hermann Müller und Frau; Wojstowo Nr. 18, Kr. Schubin, Bes. Wilhelm Ostermeyer; Dobowalza, Kr. Briesen, Bes. Christian Buchenau und Frau; Sumin, Kr. Stargard, Bes. Albert Witkold; Lowin, Kr. Schweg, Bes. Wilhelm Möhring; Kosielak, Kr. Schweg, Bes. Wilhelm Gleske; Golaszow, Kr. Schweg, Bes. Friedrich Wesemann; Wiktrowo 62, Kr. Wirsitz, Bes. August Gidmann; Wlaczewo Nr. 25, Kr. Znin, Bes. Friedrich Woker; Wyloska Dnara Nr. 6, Kr. Wirsitz, Bes. Karl Günther; Osno, Kr. Znin, Bes. Wilhelm Hilmer; Lowiczyn, Kr. Posen, Bes. Heinrich Bafemeyer; Biechowo, Kr. Schweg, Bes. Adam Hübel; Melanowo, Kr. Konitz, Bes. August Kruse; Wlocz, Kr. Bempelburg, Bes. Karl Westphal; Bzowo, Kr. Schweg, Bes. Johann Kurz und Frau; Grzylim, Kr. Böhau, Bes. Karl Rabakowski und Frau; Riny Nr. 52, Kr. Konitz, Bes. August Sandt und Frau; Wlaczewo Nr. 5, Kr. Znin, Bes. Johann Belte; Wiewiorczyn Nr. 11, Kr. Znin, Bes. Wilhelm Riehn; Wiktrowo Nr. 30, Kr. Wirsitz, Bes. Heinrich Mander; Maniewo Nr. 1, Kr. Dobornik, Bes. Wilhelm Großfiedermann.

Thorn.

Altes Musterkontor
Vorstellung ical.
Kontorführer, poln.-deutsch, Schreibbüro, Geheute, Korrespondenzen für Deutsche.
Bergemethode, Torun, Zeglarska 25.

Kaufmann
Sucht ein leer, evtl. teilweise oder ganz möbl. Zimmer mit Morgenkaffee und Bedienung.
Ang. u. G. 2824 an Ann.-Exped. Wallis, Torun.

Lehrling
der Mechaniker werd. will u. polnisch sprechen kann, wird gesucht.
A. Henné, Wielan 43, Mechanikermeister.

Kirchl. Nachrichten.
Sonntag, den 25. Okt. 25. (20. n. Trinitatis).
St. Georgen-Kirche.
Vorm. 9 Uhr: Gottesdienst.
Mitt. evang. Kirche.
Vorm. 10 1/2 Uhr: Gottesdienst. 11 1/2 Uhr: Abv. Gottesdienst. Nachm. 3 Uhr: Jugendversammlung. Baderstraße 20. Freitag, abds. 6 1/2 Uhr: Bibelstunde. Baderstraße 20.

Evangel.-Ref. Kirche.
Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. Pf. Anuschk-Gurske.
Gurske, kein Gottesdienst.
St. Johannis-Kirche.
Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. 10 Uhr: Gottesdienst. Pf. Schönan.

Reinhold-Kirche.
Vorm. 9 Uhr: Kinder-Gottesdienst. Hohensalzen, Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. Zulkau, Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst.

* Dirschau (Tszew), 21. Oktober. Neuerliche Arbeiterentlassungen mußte auch die hiesige Fabrik „Solignum“ in der früheren Zuckerfabrik vornehmen. Es sind dort wieder etwa 25 Schlosser resp. andere Facharbeiter

Zwangs-Versteigerung.

Am Freitag, den 23. Okt. 25, vormittags 10 Uhr, werde ich bei der Firma „Altra“ in Torun-Wroze an den Höchstbietenden gegen sofortige Barzahlung versteigern:
1 Schreibmaschine „Underwood“,
1 feuerfester Geldschrank, 430 Büchsen Farbe, schwarz, Illustrations- u. Lithographie, 200 kg verschiedene Farben in Büchsen, 2 Siebe für Farbe.

Janiszewski,
komornik sądowy w Toruniu.

Wichtig für Optanten!

Wegen hohen Alters verkaufe ich in Meßlenburg meinen Landgutshof mit Saal, 60 Morg. erstkl. Boden, 5 Morg. Wiese, mit voller Ernte, sowie lebendem und totem Inventar. Preis 60 000 Rentenmark. Zu erfragen bei Hugo Windmüller, Restaurant, Berlin, Greifswalderstraße 13.

Preiswert., Klobenholz
trodenes gibt ab
Hermann Kiefer, Gehlwinsta Gzofa 63.

Herrenwäsche wird schnell und billig geplättet. Autenrieb, Mostowa (Brillantenst.) 22.
Strümpfe werd. m. d. Strick, desgl. auch Handschuhe. Frau Streit, 11333 Zeglarska 10, 11.

Deutsche Bühne in Torun.

Eröffnung der 4. Spielzeit
Mittwoch, den 28. Oktober 1925, pünktlich 8 Uhr im Deutschen Heim.
Max Halbe zum 60. Geburtstag

Mutter Erde

Drama in 5 Aufzügen.
Vorverkauf: Freizeitschau Thober, Starv Rynek 31. Abendkasse ab 7 1/2 Uhr. 12235

Graudenz.

Habe meine Praxis von Grudziadz, ul. Stara 24, verlegt nach
ul. Ogradowa (Gartenstr.) 35, parterre
Dr. Zambrzycki
Spezialarzt für innere und Nervenleiden. 11619

Auf mehrfachen Wunsch bin ich bereit, bei genügender Teilnehmerzahl einen Kursus für

Harmonie- und Kompositionslehre

abzuhalten. Beginn: November. Unterrichtszeit: Dienstag und Freitag von 7-8 Uhr abends.

Kursusdonator 10 Zl monatlich. Der Teilnehmer muß Notenkenntnisse besitzen. Anmeldungen in der Buchhandlung H. Kriedte.

Musikdirektor Ufr. Seticko.

Wir empfehlen uns zur Anfertigung geschmackvoller Druckarbeiten

bei mäßiger Preisberechnung
A. Dittmann S.N.

Deutsche Bühne, Grudziadz.

Mittwoch, den 28. Oktober 1925, im Gemeindehause abends 8 Uhr: Eröffnungs-Vorstellung

Das große Licht

Schauspiel von Felix Philippi.
Hierfür reserv. Karten bis 24. 10. Sonntag, d. 1. 11. 25: Das große Licht. Hierfür reserv. Karten bis 28. 10. im Geschäftsz. Mielniczka 15.

Empfehlen tägl. frisch geröstete Kaffees, reichste Auswahl in Reis, Schokoladen u. Konfituren.
Tee und Kakao, Mehl & Neubauer, Kaffee-Spezialhaus, Grudziadz. 11637

Kirchl. Nachrichten.

Sonntag, den 25. Okt. 25. (20. n. Trinitatis).
Evangel. Gemeinde Graudenz. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. Pfarrer Jacob. 11 1/2 Uhr: Abv. Gottesdienst. Pf. Jacob. Nachm. 3 Uhr: Ev. Arbeiterverein, Herberge. — Mittwoch, nachm. 5 Uhr: Bibelstunde, Pf. Dieball. Sonnabend, den 31. 10. (Reformationstag). Norm. 10 Uhr: Gottesdienst. Pf. Jacob. Nachm. Glödenweide. Alles näher: später.

Kirchenzettel.

Sonntag, den 25. Okt. 25. (20. n. Trinitatis).
Schnee. Vorm. 10 Uhr: Gottesdienst. 11 Uhr: Kinder-Gottesdienst. — Rheinsberg. Nachm. 3 Uhr: Gottesdienst, danach Feier des hl. Abendsmahls. Nachm. 4 1/2 Uhr: Erneuerungswortlein des heil. Körperschaften und Ehung im Konfirmationsloale.
Kittel. Vorm. 10 Uhr: Predigt Gottesdienst, danach Konfirmantenunterricht.

Konik.

Sonntag, den 25. Okt. 25. (20. n. Trinitatis).
Dreifaltigkeits-Kirche. Vorm. 10 Uhr: Predigt-Gottesdienst. — Taufsaal. Nachm. 2 Uhr: Kinder-Gottesdienst.

Der Wortlaut des Locarno-Vertrages.

II.

Der Rheinpakt.

Der Deutsche Reichspräsident, Seine Majestät der König der Belgier, der Präsident der Französischen Republik, Seine Majestät der König des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland und der überseeischen britischen Länder, Kaiser von Indien, Seine Majestät, der König von Italien,

bestrebt, dem Wunsche nach Sicherheit und Schutz zu genügen, der die Völker befeuert, die unter der Geißel des Krieges von 1914—1918 zu leiden gehabt haben;

im Hinblick auf die Tatsache, daß die Verträge zur Neutralisierung Belgiens hinsichtlich geworden sind, und im Bewußtsein der Notwendigkeit, den Frieden in dem Gebiete zu sichern, das so oft der Schauplatz der europäischen Konflikte gewesen ist;

in gleicher Weise befeuert von dem aufrichtigen Wunsche, allen beteiligten Signatarmächten im Rahmen der Völkerbundsatzung und der zwischen ihnen in Kraft befindlichen Verträge ergänzende Garantien zu gewähren;

haben beschloffen, zu diesen Zwecken einen Vertrag zu schließen, und haben zu Bevollmächtigten ernannt: (Hier würden die Namen der Delegierten einzusetzen sein, die am 1. Dezember in London zwecks Unterzeichnung der Verträge zusammengetreten sind), die, nachdem sie ihre Vollmachten ausgetauscht und in guter und gehöriger Form befunden haben, über folgende Bestimmungen übereingekommen sind:

Artikel 1.

Die Hohen Vertragsschließenden Teile garantieren, jeder für sich und insgesamt, in der in den folgenden Artikeln bestimmten Weise die Aufrechterhaltung des sich aus den Grenzen zwischen Deutschland und Belgien und zwischen Deutschland und Frankreich ergebenden territorialen Status quo, die Unverletzlichkeit dieser Grenzen, wie sie durch den in Versailles am 28. Juni 1919 unterzeichneten Friedensvertrag oder in dessen Ausführung festgesetzt sind, sowie die Beobachtung der Bestimmungen der Artikel 42 und 43 des bezeichneten Vertrages über die demilitarisierte Zone.

Artikel 2.

Deutschland und Belgien und ebenso Deutschland und Frankreich verpflichten sich gegenseitig, in keinem Falle zu einem Angriff oder zu einem Einfall oder zum Kriege gegeneinander zu schreiten.

Diese Bestimmung findet jedoch keine Anwendung, wenn es sich handelt:

1. um die Ausübung des Rechtes zur Verteidigung, das heißt des Rechtes zum Widerstand gegen eine Verletzung der Verpflichtung des vorliegenden Absatzes oder gegen einen flagranten Verstoß gegen die Artikel 42 oder 43^{a)} des Vertrages von Versailles, sofern ein solcher Verstoß eine nicht provozierte Angriffshandlung darstellt und wegen der Zusammenziehung von Streitkräften in der demilitarisierten Zone ein sofortiges Handeln notwendig ist;

2. um eine Aktion auf Grund des Artikels 16 der Völkerbundsatzung;

3. um eine Aktion, die auf Grund einer Entscheidung der Versammlung oder des Rates des Völkerbundes oder auf Grund des Artikels 15 Abs. 7^{b)} der Völkerbundsatzung erfolgt, vorausgesetzt, daß sich die Aktion in diesem letzten Falle gegen einen Staat richtet, der zuerst zum Angriff geschritten ist.

Artikel 3.

Im Hinblick auf die von ihnen im Artikel 2 beiderseits übernommenen Verpflichtungen verpflichten sich Deutschland und Belgien sowie Deutschland und Frankreich, auf friedlichem Wege, und zwar in folgender Weise alle Fragen jeglicher Art zu regeln, die sie etwa zwischen und die nicht auf dem Wege des gewöhnlichen diplomatischen Verfahrens gelöst werden können.

Alle Fragen, bei denen die Parteien über ihre beiderseitigen Rechte im Streite sind, sollen Richter unterbreitet werden, deren Entscheidung zu befolgen die Parteien sich verpflichten.

Jede andere Frage ist einer Vergleichskommission zu unterbreiten. Wird der von dieser Kommission vorgeschlagene Regelung nicht von beiden Parteien angenommen, so ist die Frage vor den Völkerbundrat zu bringen, der gemäß Artikel 15 der Völkerbundsatzung befindet.

Die Einzelheiten dieser Methoden friedlicher Regelung bilden den Gegenstand besonderer Abkommen, die am heutigen Tage unterzeichnet worden sind.

Artikel 4.

1. Ist einer der Hohen Vertragsschließenden Teile der Ansicht, daß eine Verletzung des Artikels 2 des gegenwärtigen Vertrages oder ein Verstoß gegen die Artikel 42 oder 43 des Vertrages von Versailles begangen worden ist oder begangen wird, so wird er die Frage sofort vor den Völkerbundrat bringen.

2. Sobald der Völkerbundrat festgestellt hat, daß eine solche Verletzung oder ein solcher Verstoß begangen worden ist, teilt er dies unverzüglich den Signatarmächten des gegenwärtigen Vertrages an, und jede von ihnen verpflichtet sich, in solchem Falle der Macht, gegen die sich die beanstandete Handlung richtet, sofort ihren Beistand zu gewähren.

3. Im Falle einer flagranten Verletzung des Artikels 2 des gegenwärtigen Vertrages oder eines flagranten Verstoßes gegen die Artikel 42 oder 43 des Vertrages von Versailles durch einen der Hohen Vertragsschließenden Teile verpflichtet sich schon jetzt jede der anderen Vertragsschließenden Mächte, sobald ihr erkennbar geworden ist, daß diese

Verletzung oder dieser Verstoß eine nicht provozierte Angriffshandlung darstellt, und daß im Hinblick, sei es auf die Überschreitung der Grenze, sei es auf die Eröffnung der Feindseligkeiten oder die Zusammenziehung von Streitkräften in der demilitarisierten Zone, ein sofortiges Handeln geboten ist, demjenigen Teile, gegen den eine Verletzung oder ein solcher Verstoß gerichtet worden ist, sofort ihren Beistand zu gewähren. Dessenungeachtet wird der gemäß Absatz 1 des gegenwärtigen Artikels mit der Frage befaßte Völkerbundrat das Ergebnis seiner Feststellungen bekanntgeben. Die Hohen Vertragsschließenden Teile verpflichten sich, in solchem Falle nach Maßgabe der Empfehlungen des Rates zu handeln, die alle Stimmen, mit Ausnahme derjenigen der Vertreter der in die Feindseligkeiten verwickelten Teile, auf sich vereint haben.

Artikel 5.

Die Bestimmungen des Artikels 3 des gegenwärtigen Vertrages wird in nachstehender Weise unter die Garantie der Hohen Vertragsschließenden Teile gestellt: Wenn sich eine der im Artikel 3 genannten Mächte weigert, das Verfahren zur friedlichen Regelung zu befolgen oder eine schiedsgerichtliche oder richterliche Entscheidung auszuführen, und eine Verletzung des Artikels 2 des gegenwärtigen Vertrages oder einen Verstoß gegen die Artikel 42 oder 43 des Vertrages von Versailles begeht, so finden die Bestimmungen des Artikels 4 Anwendung.

Falls eine der in Artikel 3 genannten Mächte, ohne eine Verletzung des Artikels 2 des gegenwärtigen Vertrages oder einen Verstoß gegen die Artikel 42 oder 43 des Vertrages von Versailles zu begehen, sich weigert, das Verfahren zur friedlichen Regelung zu befolgen oder eine schiedsgerichtliche oder richterliche Entscheidung auszuführen, so wird der andere Teil die Angelegenheit vor dem Völkerbundrat bringen, der die zu ergreifenden Maßnahmen vorschlagen wird; die Hohen Vertragsschließenden Teile werden diese Vorschläge befolgen.

Artikel 6.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages lassen die Rechte und Pflichten unberührt, die sich für die Hohen Vertragsschließenden Teile aus dem Friedensvertrag von Versailles sowie aus den ergänzenden Vereinbarungen, einschließlich der in London am 30. August 1924 unterzeichneten, ergeben.

Artikel 7.

Der gegenwärtige Vertrag, der der Sicherung des Friedens dienen soll und der Völkerbundsatzung entspricht, kann nicht so ausgelegt werden, als beschränke er die Aufgabe des Völkerbundes, die zur wirksamen Wahrung des Weltfriedens geeigneten Maßnahmen zu ergreifen.

Artikel 8.

Der gegenwärtige Vertrag soll gemäß der Völkerbundsatzung beim Völkerbund eingetragenen werden. Er bleibt solange in Kraft, bis der Rat, auf den drei Monate vorher bei anderen Signatarmächten angekündigten Antrag eines der Hohen Vertragsschließenden Teile, mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Stimmen feststellt, daß der Völkerbund den Hohen Vertragsschließenden Teilen hinreichende Garantien bietet. Der Vertrag tritt alsdann nach Ablauf einer Frist von einem Jahre außer Kraft.

Artikel 9.

Der gegenwärtige Vertrag soll keinem der britischen Dominions noch Indien irgendeine Verpflichtung auferlegen, es sei denn, daß die Regierung des Dominions oder Indiens anzeigt, daß sie diese Verpflichtung annimmt.

Artikel 10.

Der gegenwärtige Vertrag soll ratifiziert werden und die Ratifikationsurkunden sollen sobald als möglich in Genf im Archiv des Völkerbundes hinterlegt werden. Er soll in Kraft treten, sobald alle Ratifikationsurkunden hinterlegt sind und Deutschland Mitglied des Völkerbundes geworden ist.

Der gegenwärtige Vertrag soll in einem einzigen Exemplar ausfertigt werden und im Archiv des Völkerbundes hinterlegt werden, dessen Generalsekretär gebeten wird, jedem der Hohen Vertragsschließenden Teile beglaubigte Abschriften zuzustellen.

Zu Urkund dessen haben die eingangs genannten Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet.

Geschehen zu Locarno am 16. Oktober 1925.

R. (Paraph des Reichskanzlers Dr. Luther); Str. (Paraph Stressemanns); G. B. (Paraph Vanderveldes); A. B. (Paraph Briand); A. C. (Paraph Chamberlains); B. M. (Paraph Mussolini).

* * *

Art. 15 und 16 der Völkerbundsatzung, deren Kenntnis für den ganzen Locarno-Vertrag und für den Rheinpakt im besonderen von Wichtigkeit ist.

Artikel 15.

Entsteht zwischen den dem Bunde angehörenden Staaten eine Streitigkeit, die einen Bruch herbeiführen könnte, so kommen, wenn diese Streitigkeit nicht, wie im Artikel 13 vorgesehen, dem Schieds- oder Gerichtsverfahren unterbreitet wurde, die Bundesmitglieder überein, sie dem Rate vorzulegen. Zu diesem Zwecke genügt es, wenn eine der Parteien dem Generalsekretär Nachricht von dieser Streitigkeit gibt; dieser veranlaßt alles Nötige zu einer umfassenden Prüfung und Untersuchung. Die Parteien haben ihm so rasch wie möglich eine Darstellung ihres Falles mit allen einschlägigen Tatsachen und Belegstücken mitzuteilen, und der Rat kann ihre sofortige Veröffentlichung anordnen.

Der Rat bemüht sich, eine Schlichtung des Streitfalles herbeizuführen. Sind seine Bemühungen erfolglos, so veröffentlicht er, soweit er es für zweckdienlich hält, eine Darstellung des Streitfalles, der durch ihn bedingten Erläuterungen sowie den Wortlaut der Entscheidung.

Kann der Streitfall nicht ausgeglichen werden, so erstatet und veröffentlicht der Rat auf Grund eines einstimmigen Beschlusses oder eines Mehrheitsbeschlusses einen Bericht, der eine Erörterung der mit dem Streitfall zusammenhängenden Umstände sowie die Vorschläge enthält, die er zur Lösung des Falles als die gerechtesten und geeignetsten empfiehlt.

Jedes im Rate vertretene Bundesmitglied kann in gleicher Weise eine Darstellung des Streitfalles und seine eigenen Anträge dazu veröffentlichen.

Wird der Bericht des Rates von denjenigen seiner Mitglieder, die nicht Vertreter einer oder mehrerer der Parteien sind, einstimmig angenommen, so verpflicht-

ten sich die Bundesmitglieder, mit keiner Partei, die sich dem Vorschlag fügt, Krieg zu führen.

(Absatz 7.) Wird der Bericht des Rates von denjenigen seiner Mitglieder, die nicht Vertreter einer oder mehrerer der Parteien sind, nicht einstimmig angenommen, so behalten sich die Bundesmitglieder das Recht vor, die Schritte zu unternehmen, die sie zur Aufrechterhaltung von Recht und Gerechtigkeit für nötig halten.

Behauptet eine Partei und anerkennt der Rat, daß nach internationalem Rechte diese Partei ausschließlich für den Streitfall zuständig ist, so hat dies der Rat in einem Bericht festzustellen, jedoch keine Lösung zu empfehlen.

Der Rat kann in allen in diesem Artikel vorgesehenen Fällen den Streitfall der Versammlung überweisen. Die Versammlung hat sich mit dem Streitfall auch auf Antrag einer der Parteien zu befassen. Der Antrag ist binnen 14 Tagen zu stellen, nachdem die Streitfrage dem Rate unterbreitet wurde.

In jedem der Versammlung unterbreiteten Fälle finden alle Bestimmungen dieses Artikels und des Artikels 12, die sich auf die Tätigkeit und die Befugnisse des Rates beziehen, auf die Tätigkeit und die Befugnisse der Versammlung entsprechende Anwendung. Es besteht Einverständnis darüber, daß ein von der Versammlung unter Zustimmung der Vertreter derjenigen Bundesmitglieder, die im Rate vertreten sind, und einer Mehrheit der anderen Mitglieder des Bundes mit jedwemaliger Ausnahme der Vertreter der Parteien verfaßter Bericht dieselbe Bedeutung haben soll wie ein Bericht des Rates, dem alle Mitglieder desselben mit Ausnahme einer oder mehrerer der Parteien zustimmen.

Artikel 16.

Falls eines der Bundesmitglieder entgegen den Verpflichtungen, die es durch die Artikel 12, 13 und 15 übernommen hat, zum Kriege schreitet, wird es es weiteres so angesehen, als hätte es eine Kriegshandlung gegen alle anderen Bundesmitglieder begangen. Diese verpflichten sich, unverzüglich alle Handels- oder Finanzbeziehungen zu ihm abzubrechen, den Bewohnern ihres Staates jeden Verkehr mit den Bewohnern des vertragsbrüchigen Staates zu unterlagen und die Einstellung aller finanziellen, Handels- oder persönlichen Verbindungen zwischen den Bewohnern dieses Staates und denjenigen jedes anderen Staates, gleichviel, ob er Bundesmitglied ist oder nicht, zu veranlassen.

Es ist die Aufgabe des Rates, ein Gutachten darüber abzugeben, ob ein Bruch der Sanktion statgefunden hat oder nicht. Im Laufe der Beratungen des Rates über diese Frage sind die Stimmen der Mitglieder nicht zu zählen, die beschuldigt sind, zum Kriege geschritten zu sein, oder gegen die der Krieg unternommen worden ist.

Der Rat hat allen Bundesmitgliedern den Zeitpunkt mitzuteilen, an dem er die Anwendung des Wirtschaftsbruchs nach diesem Artikel empfiehlt.

Wenn jedoch der Rat der Meinung ist, daß bei einzelnen Bundesmitgliedern der Auffschub irgendeiner dieser Maßnahmen für eine bestimmte Zeit die Erreichung des Zweckes der im vorhergehenden Absatz vorgesehenen Maßnahmen erleichtert, oder wenn er einen solchen Aufschub für notwendig hält, um die diesen Mitgliedern aus solchen Maßnahmen erwachsenden Verluste und Nachteile auf ein Mindestmaß herabzusetzen, so hat er das Recht, einen solchen Aufschub zu beschließen.

Der Rat ist verpflichtet, bei den verschiedenen beteiligten Regierungen anzuregen, mit welchen Ländern oder Seestreitkräften die Bundesmitglieder für ihr Teil zu der bewaffneten Macht zur Wahrung der Bundesverpflichtungen beitragen können.

Die Bundesmitglieder kommen ferner überein, sich bei Ausführung der auf Grund dieses Artikels zu ergreifenden finanziellen und wirtschaftlichen Maßnahmen gegenseitig zu unterstützen, um die mit ihnen verbundenen Verluste und Nachteile auf ein Mindestmaß herabzusetzen. Sie unterstützen sich gleichfalls wechselseitig in dem Widerstand gegen alle Sondermaßnahmen, die der vertragsbrüchige Staat gegen einen von ihnen richten könnte. Sie ergreifen die notwendigen Maßnahmen zur Erleichterung des Durchganges durch ihr Gebiet für die Streitkräfte eines jeden Bundesmitgliedes, das an einem gemeinsamen Vorgehen zum Schutze der Bundesverpflichtungen teilnimmt.

Jedes Mitglied, das sich der Verletzung einer der aus der Sanktion entspringenden Verpflichtungen schuldig macht, kann aus dem Bunde ausgeschlossen werden. Die Ausschließung erfolgt auf Grund einer Abstimmung aller andern im Rate vertretenen Bundesmitglieder.

Kollektivnote zu Art. 16 des Völkerbundstatuts,

gerichtet an die Vertreter des Deutschen Reiches von den in Locarno versammelten Außenministern Belgiens, Frankreichs, des Britischen Reiches, Italiens, der Tschecho-Slowakei und Polens.

Die Deutsche Delegation hat gewisse Klarstellungen hinsichtlich des Artikels 16 der Völkerbundsatzung verlangt.

Wir sind nicht zuständig, im Namen des Völkerbundes zu sprechen. Wir zögern aber nicht, nach den in der Versammlung und den Kommissionen des Völkerbundes bereits gepflogenen Beratungen und nach den zwischen uns ausgetauschten Erläuterungen Ihnen die Auslegung mitzuteilen, die wir unsererseits dem Artikel 16 geben.

Nach dieser Auslegung sind die sich für die Bundesmitglieder aus diesem Artikel ergebenden Verpflichtungen so zu verstehen, daß jeder der Mitgliederstaaten des Bundes gehalten ist, loyal und wirksam mitzuarbeiten, um der Sanktion Achtung zu verschaffen und um jeder Angriffshandlung entgegenzutreten, in einem Maße, das mit seiner militärischen Lage verträglich ist und das seiner geographischen Lage Rechnung trägt. (Folgen die Paraphen von Vandervelde, Briand, Chamberlain, Mussolini, Benesch und Szaryński.)

Das Dokument.

Der Vertrag von Locarno ist gesiegelt mit dem Wappen der Stadt Locarno. Der Einband ist in den Farben des Municipio di Locarno gehalten. Die Paraphen der deutschen Delegierten unter den verschiedenen Verträgen besteht aus den Anfangsbuchstaben der Zunamen, die anderen Delegierten haben mit den Anfangsbuchstaben der Vor- und Zunamen gezeichnet. Die Erklärung über den Paragraphen 16 des Völkerbundes, die an die Adresse der Deutschen gerichtet ist, trägt nicht deren Paraphen.

Locarno—Moskau—Peking.

(Von unserem Moskauer Berichterstatter, durch Flugpost.)

DE. Moskau, 20. Oktober.

Das Ergebnis der Konferenz in Locarno hat in den maßgebenden Moskauer Kreisen keineswegs große Überraschung hervorgerufen. In den letzten Wochen hatte man zwar in den politischen Kreisen und besonders in der Sowjetpresse recht laut die Stimme des besorgten Freundes Deutschlands gegenüber erklingen lassen und konnte man sich nicht genug tun in der Ausmalung der ihm von Garantiepaß und Völkerbund drohenden Gefahren. Aber man war sich von Anfang an klar darüber, daß man mit der Wirkungslosigkeit dieser Warnungen als wahrscheinlich rechnen mußte und fühlte sich daher durch die Ereignisse nicht überrumpelt. Die Sowjetpresse nimmt die Meldungen über das Resultat von Locarno nicht ohne Kritik zur Kenntnis, äußert diese vielmehr in der bei ihr üblichen unverblümten und „unbürgerlichen“ Sprache, aber die zum Ausdruck gebrachten Befürchtungen und Bedenken hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Sowjetbund und Deutschland sind sicherlich nicht so ernst gemeint wie sie klingen. Sie verfolgen nur den Zweck, Deutschland daran zu erinnern, daß es trotz Locarno doch auch seine soeben erst fester geknüpften Beziehungen zu Moskau zu pflegen hat.

Am wenigsten überrascht wird Tschitscherin sein dessen Aufsehen erregende Reise nach Westeuropa doch dort gerade mit der Absicht erklärt worden ist, einer Einigung in Locarno entgegenzuarbeiten. Der Leiter der Sowjetdiplomatie war aber über die tatsächliche Lage natürlich gut genug orientiert, um das Erreichbare vom Unerreichbaren zu trennen. Die Fahrt über Warschau und Berlin verfolgte den Zweck, Westeuropa im Anschluß einer Neuorientierung den mächtigsten Faktor der östlichen Hälfte des Kontinents vor Augen zu stellen und zu erkennen zu geben, daß er mitzureden, ob man das nun will oder nicht. Dieses Ziel ist vom Volkskommissar des Auswärtigen auch erreicht worden. Selbst wenn nichts anderes als Ergebnis seiner Reise zu buchen wäre als das, was er in Warschau erzielt hat so wäre die große Genußnutzung schon berechtigt, die in der Moskauer Presse über die Fahrt geäußert worden ist, und deutlich zeigt, wie fest Tschitscherins Stellung ist und wie unbegründet alle in den letzten Monaten in der Auslandspresse aufgetauchten Gerüchte über seine angeblich bald bevorstehende Verabschiedung sind. Der Stimmungsumschwung in Polen und das Liebeln mit einer Annäherung an Moskau, die plötzlich für möglich befundenen Warschauer Erörterungen über die einmalige Lockerung der engen polnisch-französischen Verbindung und über eine Umstellung nach Osten — das alles ist die Frucht eines kurzen Aufenthaltes des führenden Außenpolitikers der Sowjetmacht. Diese Erstütterung der außenpolitischen Basis, diese Korrektur seines diplomatischen Kalküls bedeutet aber sehr viel, zumal Westeuropa davon ganz wesentlich berührt wird. Und auch, wenn die jetzt als möglich angebotene Umstellung Polens noch lange auf sich warten lassen sollte, so würde doch der Moskauer Prestigegewinn deswegen nicht gering einzuschätzen sein. Der gerade in diesem Augenblick von besonderer Bedeutung ist.

Daß Tschitscherins Aufenthalt in Berlin nicht so in die Augen fallende Früchte gezeitigt hat, verheißt man sich in Moskau nicht. Aber da man, wie gesagt, vielmehr als tatsächlich erreicht worden ist auch nicht erwartet hatte, so gibt man seiner Enttäuschung Raum und freidet vor allem Deutschlands „Fehltritt“ nicht Tschitscherin als Schuld an, dessen effektvolles Auftreten die Sowjetpresse mehrfach mit Befriedigung beschrieben hat. Die Freude über den endlich zustande gekommenen Handelsvertrag mit Deutschland scheint zunächst durch Locarno zwar erheblich herabgemindert, da ja nach der in Vertikalkreisen bejahten Meinung der Moskauer Blätter Deutschland jetzt auf der „Linie von Rapallo“ nicht weiter schreiten kann. Aber man darf wohl mit einiger Sicherheit annehmen, daß von einer wirklichen Gefährdung des Wirtschaftsabkommens durch die deutsche Stellungnahme in Locarno nicht die Rede sein kann. Die wirtschaftlichen Notwendigkeiten werden über die politischen Besorgnisse, die echten wie die gehegten, bald genug triumphieren und nur, wenn diese wirtschaftlichen Belange keine Befriedigung finden, kann die Frage einer Entwertung des Abkommens aktuell werden.

Der Vorstoß nach Westen ist mit Tschitscherins Abreise in einen Kurort einzuweisen zum Stillstand gekommen, vielleicht nur für kurze Zeit, da noch manches westliche Problem, z. B. die Frage der Schuldenverhandlungen mit Frankreich der Lösung harret. In Moskau rüht man sich unterdessen zum Empfang eines prominenten Gastes aus dem Osten, des Oberbefehlshabers der chinesischen Armee von Kanton Chu Chan Min. Eine zweite chinesische Militärdellegation weißt bereits hier und nimmt lebhaften Anteil an den Übungen der Roten Armee. Sie hat u. a. auch der Witwe Lenins ein mit einer Widmung versehenes Porträt des Marshalls Sun Yat Sen überbracht, des Führers der chinesischen Volksarmee. Wenn die letzten politischen Schritte des Sowjetbundes nach Westen voll und ganz Tschitscherin zuzuschreiben sind, so dürfte beim Besuch des chinesischen Politikers der als Meisterdiplomate in orientalischen Fragen angesehene Karahan in bedeutendem Maße beteiligt sein, der während Tschitscherins Abwesenheit von Moskau ihn für das Departement der Ostfragen vertritt, um dann später auf seinen Vorschlag nach Peking zurückzukehren. Die bereits eingetragene chinesische Delegation wie auch der bei der Durchreise durch Nowo-Nikolajewsk intervierte General der Kanton-Armee haben sich geradezu begeistert über den Sowjetbund und seine Einrichtungen geäußert. Mag nun auch die im Orient noch immer übliche phrasenreiche Überhöflichkeit dabei mitgespielt haben — es kann aber jedenfalls keinem Zweifel unterliegen, daß die chinesischen Militärs und Politiker nicht nur Höflichkeitssuche in Moskau veranstalten, sondern sehr ernst zu nehmende und von der Sowjetregierung sympathisch begrüßte Zwecke verfolgen. Somit wäre von ihren wiederholten Besuchen in den Lagern und Kriegsschulen der Roten Armee auch nie die Rede gewesen. General Chu Chan Min hat den russischen Interviewern ohne weitere Zurückhaltung folgendes zur Veröffentlichung mitgeteilt: Das Ziel seiner Fahrt nach Moskau sei das Studium des Sowjetapparates und der in Anblik seinerzeit angewandten Methode des Bürgerkrieges. Die von ihm kommandierte Armee von Kanton sei ganz nach dem Muster der Roten Armee eingerichtet, sie habe auch ihre Abteilung für politische Schulung der Soldaten und ihre Kommissare. Die Lösungen der Armee stammten von Sun Yat Sen „und diese sind die Lösungsworte des Marxismus“.

Die Bedeutung, die diesen Besuchen für die fortschreitende russische Annäherung zukommt, wird noch unterstrichen durch die ausführlichen Artikel der Presse über die Einzelheiten, die in Frage kommenden Persönlichkeiten usw. Auch die Bilder der verschiedenen chinesischen Delegierten bringen die Blätter. Die politischen Verwicklungen im Westen können die von der Sowjetdiplomatie begonnene Arbeit im Orient nicht beeinträchtigen und wenn der Blick des leitenden Staatsmannes zeitweilig vor allem den europäischen Angelegenheiten zugewendet sein muß, so ruht doch die Diplomatie Moskaus im Orient keinen Augenblick und wird durch kein Locarno irgendwie gelähmt. Im Gegenteil — was im Osten an Einfluß erreicht wird, was an

haben mit den „erwachenden“ Nationen Asiens (zu denen hier auch Afghanistan und Persien gerechnet werden) angeknüpft, was an Waffen geschmiedet wird — es soll ja auch eines Tages gegen die heute maßgebenden und vom Sowjetbund als gefährlichste Feinde angesehenen Mächte des Westens ausgespielt werden. „Hände weg von China“ ruft die Sowjetpresse den „Imperialisten“ des Westens täglich drohend zu China aber nimmt die Lösungsworte des Marxismus auf. So hat Moskau für seine Politik im Westen ein Eisen im Feuer des Ostens.

„Das Ende der französischen Hegemonie.“

Moskau, 20. Oktober. Die Moskauer Blätter sehen in dem Ergebnis der Konferenz von Locarno eine Schlappe Frankreichs. In Locarno sei England zum europäischen Machtfaktor geworden, es werde von nun an als „Regulator der deutsch-französischen Beziehungen“ zwar etwaige Konflikte zwischen Frankreich und Deutschland wenigstens einseitig beizulegen wissen, ebenso aber auch jede französisch-deutsche Annäherung verhindern, die zu einer Stärkung der Kontinentalmächte gegenüber dem Britischen Reich führen könnte. Im bürgerlichen Europa spiele England von jetzt ab die Hauptrolle, während „vollständige Liquidierung der französischen Hegemonie“ keinem Zweifel mehr unterliege.

Ein merkwürdiger Schulleiter.

Vor einigen Wochen brachte der „Dziennik Bydgoski“ folgende Notiz: Aus Rogowo haben wir wiederum Briefe von einigen Bürgern mit Klagen über das Verhalten des dortigen Schulleiters, des Herrn G., erhalten. Das uns überlieferte Material ist äußerst belastend, und deshalb fordern wir von neuem das Schulkuratorium auf, eine gründliche Untersuchung in dieser Sache vorzunehmen. Wenn das nicht erfolgen sollte, so werden wir genötigt sein, uns mit der Sache so zu befassen, wie es die Bürgerschaft von Rogowo verlangt.

Obwohl sich die polnische Presse dieser Gestalt mit dem Herrn G. befaßt, und obwohl die Bürgerschaft von Rogowo, insbesondere auch die Polen, über sein Verhalten empört sind, treibt Herr Golabinski nach wie vor sein Wesen in Rogowo. Es scheint also, trotz der verschiedensten Klagen bei einer vorgelegten Behörde, gegen ihn nicht in entsprechender Weise eingeschritten worden zu sein.

Wir wollen nicht annehmen, daß G., der ein Bruder des Gnesener Schmieds Josef Golabinski ist, welcher das Kriegsministerium als „Flugzeugfabrikant“ um große Summen prelle, ein Recht hat, zu den Rogowern zu sagen: Ob Ihr an das Ministerium, an das Kuratorium oder hierher (jetzt auf seinen verlängerten Rücken) schreibt, ist alles egal, in Znin kommandiert der Starost, in Rogowo aber ich.“ Es ist kein Wunder, daß die Leute infolge des so selbstbewußten Auftretens des G. auf den Gedanken kommen, daß sich G. nur deswegen alle seine Freiheiten erlaubt, weil er glaubt, die Behörde hätte Anlaß, auf ihn besonders Rücksicht zu nehmen.

G. provoziert in Rogowo nicht bloß den polnischen Teil der Bürgerschaft, sondern auch die Presse polnischer Nationalität, welche, indem sie sich an die Presse polnischer Nationalität wendet, sondern insbesondere in herausfordernder Weise auch den Deutschen. Durch seine Deutschheute sucht er seinen unter normalen Verhältnissen schon längst unhaltbaren Posten zu stützen.

Vor 1½ Jahren ist G. in das evangelische Schulhaus eingezogen, gegen den Willen der evangelischen Schulgemeinde, die das Vermittlungsrecht der Schulwohnungen hat. Als der evangelische Schulvorstand sich weigerte, G. aufzunehmen, wurde er wegen angeblich staatsfeindlicher Gesinnung abgesetzt, zwangsweise wurde ein neuer polnischer Schulvorstand ernannt, und dieser warf einen armen deutschen Familienvater mit einer kranken Frau und vier Kindern hinaus und setzte G. in die von ihm gewünschte Wohnung. G. hat in der katholischen Schule eine tadellose Wohnung, aber da er nach seiner Auffassung machen könne, was er wolle, wohnt er eben auch, wo er will. Der Schulvorstand hat die Schulheuten seit Jahr und Tag an jemand anders vermietet. G. verhindert aber den Mieter an der Benutzung. Der rechtmäßige Mieter der Scheunen hat ein unbefugenes Gerichtsurteil gegen Golabinski erwirkt, aber G. schlägt die Kinder des rechtmäßigen Mieters mit einem dicken Knüttel, vertreibt sie vom Gehöft und heßt sie trotz der bestehenden Hundeporre mit dem Hunde, der den einen Sohn des Mieters ins Bein biß. Die Scheunen veranlagt und verschließt er. Ein Mitglied des evangelischen Schulvorstandes, der wegen häuslicher Veränderungen das Schulgrundstück in Augensicht nimmt, beschimpft er: „Sie Sakristi gehen Sie nach Berlin kommandieren!“ Solche und andere Drohungen und Beschimpfungen gegen die Deutschen läßt er sich anbauend zuschulden kommen. Und dies bis in die allerletzten Tage, wo er erst wieder öffentlich aufklärt die Stadterordnetenwahl in ganz unglaublicher Weise gegen alles, was deutsch ist und gegen jedermann, der mit den Deutschen in Frieden und Eintracht leben will, arbeitet. Auch mit den polnischen Mitbürgern lebt er in dauerndem Streit. Seit Golabinski in Rogowo ist, hält er das Städtchen dauernd in Atem.

Es muß die Frage aufgeworfen werden, ob ein solcher Herr sich als Jugend- und Volkserzieher eignet, um so mehr, als bekannt ist, daß Golabinski wegen Aufwiegelung vorbestraft ist. Vielleicht befaßt sich die Behörde doch bald etwas eingehender mit diesem Herrn! Beschwerden über ihn hat das Kuratorium genügend erhalten, und dem evangelischen Schulvorstand wurde vor acht Wochen versprochen, das Disziplinarverfahren einzuleiten, aber bei dem Versprechen scheint es bis jetzt geblieben zu sein.

Die Geschichte der Graudenzener Kriegsbrücke.

m. Graudenz, 20. Oktober. Bei Kriegsbeginn wurde auf der Eisenbahnbrücke das in der Friedenszeit verdeckt gewesene zweite Bahngleis freigelegt und die Brücke für den zweigleisigen Bahnverkehr eingerichtet. Sie mußte daher für den Bahnverkehr zeitweise gesperrt werden. Als Ersatz für den unterbrochenen Bahnverkehr wurde eine militärische Pontonbrücke in kurzer Zeit aufgebaut. Diese wurde bis Eintritt des Grundeeises benutzt, mußte dann aber der Gewalt der Eisschollen weichen. Es mußte daher Ersatz geschaffen werden. Die Heeresverwaltung begann bereits im Herbst 1914 mit dem Bau einer zweiten festen Weichselbrücke. Infolge der schnellen Bauarbeit konnte sie nicht derart massiv ausgeführt werden wie die erste Eisenbahnbrücke. Durch Dampfmaschinen wurden lange Baumstämme, die mit eisernen Spigen versehen waren, in den Grund des Stromes gerammt. Auf diese Pfahlwerke wurden hölzerne Pfeilergerüste, die durch Bolzen und Anker fest mit einander verbunden waren. Inzwischen waren am Weichseler zahlreiche Zimmerleute und Pioniere tätig gewesen und hatten auf mehreren am Ufer verankerten größeren Rahmen Plattformen errichtet, auf die Gerüste in Höhe der Pfeiler aufgebaut waren. Auf diese Pfeiler wurden die langen eisernen Träger gelegt, durch Querträger verbunden und zu festen Brückenböden zusammengebaut. Diese fertigen Joche wurden dann durch Dampfmaschinen die Pfeileröffnungen geschleppt. Hatten die Joche die richtige

Stelle erreicht, so wurden die Fahrzeuge verankert, durch Einpumpen von Wasser beschwert und die Eisenjoche sanken auf ihre Träger.

In wenigen Monaten wurde so bei rauher Herbstwitterung, teilweise während der Nacht, eine feste Brücke gebaut. Zum Heranschaffen der schweren Eisenkonstruktion von der Staatsbahn her war an der Eisenbahnbrücke eine besondere Entlastungsstelle errichtet und von dort wurde eine Kleinbahn nach der Baustelle geführt. Außer den Strompfeilern war eine Anzahl Landpfeiler auf dem jenseitigen Ufer vorhanden. Sämtliche Pfeiler waren von Spundwänden aus eisernen Platten, die in den Stromgrund gerammt waren, umgeben. Große Mengen Felssteine, die auf einer zu diesem Zweck besonders erbauten Feldbahn herangeschafft wurden, versenkte man um die Pfeiler, um sie vor Unterspülungen zu schützen. Die Mauerarbeiten waren von der bekannten Tiefbaufirma Ph. Holzmann A.-G. Frankfurt a. M., ausgeführt worden.

Leider war die Brücke aber nur von Sachverständigen der Heeresverwaltung erbaut worden; die Kenner der Weichselstromverhältnisse, die Beamten der Strombauverwaltung waren ausgeschaltet gewesen. Diese Unterlassung rückte sich bald; der nächste Eisgang zeigte, daß die Pfeiler der Brücke zu dicht aneinander gestellt waren, wodurch der reguläre Abgang der Eisschollen stark behindert wurde. Auch zeigten sich die Pfeiler zu schwach, um dem gewaltigen Anprall und Druck der Eisschollen auf die Dauer Widerstand leisten zu können. Während des Eisganges gab es manche aufregenden Tage. Es mußten Pionierkommandos angeboten werden, um die antreibenden großen Schollen durch Hinabwerfen von Granaten und anderen Sprengkörpern vor der Eisenbahnbrücke zu zerstören. Durch die starken Detonationen zertrümmerten zahlreiche Fenster Scheiben, deren Instandsetzung natürlich die Heeresverwaltung ersetzen mußte. Trotz aller Fürsorge und Wachsamkeit gab es Augenblicke, wo man befürchten mußte, daß die Gewalt der Eisschollen das Massengerüst vernichten würde. Das Auge konnte deutlich sehen, wie bei dem gewaltigen Anprall der Oberbau der Brücke um mindestens 50 cm ausschlug, dann aber wieder in seine ursprüngliche Lage zurückkehrte. Die Gefahr der Eisverletzungen war bedeutend erhöht und die Kriegsbrücke bildete für die Niederungen indirekt eine dauernde Gefahr. Die Eisenjoche der Brücke waren gegen Kollisionen mit einem guten Anstrich versehen. Der Hohlbelag der Fahrbahn bestand aus Tannenholz und bei dem starken Verkehr wurde er sehr mitgenommen.

Nach der politischen Umgestaltung wurde lange für und gegen den Abbruch der Brücke verhandelt. Es wurde von verschiedenen Seiten dafür eingetreten, daß die Brücke erhalten bleiben möge, aber an maßgebender Stelle wurde entschieden, daß das nicht angängig wäre. Die Brücke war und blieb ein gefährliches Hindernis für den freien Abgang des Eises. Ihre Reparatur hätte den Staat außerordentlich stark belastet, und zudem war die Konstruktion so schwach, daß sie dem Andrang des Eises dauernd nicht hätte Widerstand bieten können. Der somit beschlossene Brückenabbruch wurde vom Staat auswärtigen Firmen übertragen, die allerdings durch einen hiesigen Baumeister unter Leitung eines deutschen Ingenieurs die Arbeiten ausführen ließen. Gewiß sind die Kosten des Abbruchs höher gewesen als die des Aufbaus. Während der Brückenbau nur einige Monate dauerte, zog sich der Abbruch jahrelang hin. Es war überhaupt nicht möglich, einen Teil der Pfeilerreste aus dem Strom zu entfernen. Der vor einigen Wochen gemachte Versuch, die im Wasser verbliebenen eisernen Spundwandplatten durch Sprengungen zu entfernen, mußte aufgegeben werden, da das Wassertiefen die Arbeiten zu sehr erschwerte, ja unmöglich machte. Das durch den Brückenabbruch gewonnene Holzmaterial wurde zum Teil zu Brennwooden verkauft. Die Eisenkonstruktionen der Joche und Träger wurden am Weichseler aufgestapelt, auch die Spundwandplatten, so weit sie geborgen waren, wurden dort gelagert. Der größte Teil des Materials wurde zu Wasser nach Königspreken gebracht, um dort zu anderen Brückenbauten Verwendung zu finden.

Im Laufe des vergangenen Sommers wurde ein großer Teil der Spundwandplatten, die nicht verborgen waren, auf Schiffe verladen und nach Danzig geschafft, um dort zum Bau des Munitionshafens Verwendung zu finden. Neuerdings werden die noch lagernden starken Träger mit Rußwerken abgefahren. Es liegen dann noch einige Konstruktionssteile, die vom Rost schon angetrieben werden, und eine größere Anzahl von Spundwandplatten, für die noch keine Verwendung gefunden zu sein scheint. Noch einige Jahre, dann sind auch die letzten Reste nicht mehr vorhanden, die Altmaterialien sind entfernt und der neue Bürger der Stadt weiß wohl überhaupt nicht was für ein Werk hier bestanden hat. Nur der Schiffer wird durch die Pfeilerreste, die ihn in seinem Gewerbe behindern, an die Vergangenheit erinnert werden.

Briefkasten der Redaktion.

E. M. in S. Zunächst muß Ihr Bruder sich mit dem Schuldner ins Benehmen setzen. Wenn dort eine Einigung stattfindet, was bei der klaren Rechtslage das Wahrscheinlichste ist, dann ist alles in Ordnung. Ist dies nicht der Fall, dann stellt der Gläubiger beim Stadtwaldamt einen Antrag auf Umrechnung. (Freiwillige Gerichtsbarkeit.) Der Antrag ist, da es sich um einen Ausländer handelt, in polnischer Sprache zu stellen. Es dürfte sich empfehlen, zur Erledigung der Sache die Hilfe eines Anwalts in Anspruch zu nehmen.

H. D. Aus Ihrer Darstellung waren wir beim besten Willen nicht imstande, ein Bild von den Verhältnissen zu gewinnen. Eingangs sagen Sie: „Ein Grundstück liegt in Danzig.“ Dann heißt es später: „auch in Danzig gelegen.“ Um wie viel Grundstücke handelt es sich, und wo liegen sie? Wenn wir das nicht wissen, können wir Ihnen unmöglich Auskunft geben.

E. S. in St. Nicht ganz 6 Goldmark.

D. P. 1. Wir hatten einen Anfechtungsprozeß für vollständig anschlüsslos. Das mündliche Verprechen Ihres Vaters war nicht sein Testament, sein „letzte Will“, wie sich später herausgestellt hat. Von Ihrem „Vatererbe“ kann nicht die Rede sein, da Ihr Vater alles, was er besaß, Ihrer Mutter vermacht.

2. Es genügt vollkommen, wenn Sie an das Reichsverkehrsamt adressieren, eine nähere Adresse ist nicht nötig. 3. Von Ihren Anträgen hinsichtlich der Scholle haben wir dankend Vermerk genommen.

Nr. 100. Sie können nur 25 Prozent des Goldwertes der Forderung zurückerfordern.

F. R. Nr. 99. Ihre Anfrage haben wir nicht mehr; Sie müssen sie also, wenn Sie Auskunft haben wollen, wiederholen.

R. R. 100. 1. 925,80 Zl. 2. 246,90 Zl.

Postabonnenten!

Wer noch nicht auf die „Deutsche Rundschau“ abonniert hat, wolle dies umgehend tun, damit eine rechtzeitige Belieferung vom 1. November ab erfolgen kann. Die Briefträger sowie alle Postämter in Polen und Bommereellen nehmen jederzeit Bestellungen auf die „Deutsche Rundschau“ entgegen.

Bezugspreis für November-Dezember 6,22 Zloty, für November 3,11 Zloty.

Die bevorstehenden Kreistagswahlen.

Nach Beendigung der Wahlen zu den Stadtverordnetenversammlungen stehen uns in Kürze in der Wojewodschaft Posen die Wahlen zu den Kreistagen bevor. Im Kreise Bromberg ist die Wahl von der Kreiswahlkommission und dem Kreisausschuß auf den 8. Dezember d. J. (Feiertag Mariä Empfängnis) festgesetzt. Die Kandidatenlisten sind spätestens bis zum 28. Oktober 1925 dem Vorsitzenden der Bezirkswahlkommission einzureichen. Der Landwirtschaftliche Kreisverein Bromberg hat beschlossen, in diese Wahl mit einer eigenen deutschen Liste einzutreten, da der Kreisverein der Ansicht ist, daß durch die wirtschaftlichen Interessen der Wahlberechtigten am besten gewahrt würden. Wenn möglich, soll eine Verbindung der deutschen Listen mit den Listen der polnischen Produzenten angestrebt werden. Zur Vorbereitung der Wahl ist eine Kommission von sechs Mitgliedern gewählt worden.

Zum Bromberger Kreistage sind nach amtlicher Bekanntmachung 37 Mitglieder zu wählen. Von diesen 37 Mitgliedern wählen die Städte Crone vier Mitglieder, Schulitz drei und Jordan zwei. In diesen drei Städten haben die neugewählten Stadtverordnetenversammlungen die Wahl zu vollziehen, und zwar möglichst in ihrer ersten Sitzung, spätestens aber am 10. Januar 1926.

Für diese Wahlen ist der Kreis in fünf Wahlbezirke eingeteilt worden. Der erste Bezirk umfaßt den Bereich des Distriktsamts Bromberg I und wählt 4 Mitglieder. Der zweite Bezirk umfaßt die Distriktsämter Bromberg II und Schulitz und wählt 9 Kreistagsmitglieder. Der dritte Bezirk umfaßt das Distriktskommissariat Crone und wählt 6 Mitglieder. Der vierte Bezirk, der das Distriktsamt Adnial, Wierzuchin umfaßt, wählt 5 Mitglieder, und der fünfte Wahlbezirk umfaßt den Bezirk des Distriktskommissariats Sienko und wählt 4 Mitglieder. Die Wahl in diesen Wahlbezirken erfolgt an den Stellen und in den Stunden, die die Kreiswahlkommission noch veröffentlicht, und zwar findet die Wahl, wie schon erwähnt, am Feste der unbefleckten Empfängnis, nämlich am 8. Dezember, statt.

Wahlberechtigt sind alle diejenigen, die am 12. August 1925 ihr 21. Lebensjahr vollendet haben, im Kreise ihren dauernden Wohnsitz haben, am Tage der Auslegung der Wählerlisten polnische Staatsangehörige sind, die bürgerlichen Ehrenrechte besitzen und in den Wählerlisten eingetragen sind, die der Schulze eine Woche lang zur öffentlichen Einsicht auszuliegen verpflichtet ist.

Die Wahlen sind allgemein, gleich, geheim, unmittelbar und Verhältniswahlen. Abgestimmt kann nur werden für die Listen der Kandidaten. Diese Kandidatenlisten müssen dem Vorsitzenden der Bezirkswahlkommission spätestens bis zum 28. 10. 25 eingereicht werden. Jede Kandidatenliste muß doppelt so viel Namen enthalten, als Kreistagsmitglieder in dem betreffenden Bezirk zu wählen sind. Die Kandidaten müssen mit dem Zu- und Vornamen bezeichnet werden, sie müssen ferner Geburtsort, Beruf und Geburtsort der Kandidaten enthalten. Die Zunamen sind nacheinander aufzuführen, und zwar derart, daß jeder Name mit einer Nummer (Ordnungszahl) versehen ist. Die Kandidatenliste muß deutlich in polnischer Sprache aufgestellt und von mindestens 20 Wählern unterzeichnet sein. Der Liste ist eine schriftliche Erklärung der Kandidaten beizufügen, daß sie damit einverstanden sind, daß sie auf der Kandidatenliste aufgeführt werden. Auf der Kandidatenliste dürfen nur Namen solcher Personen aufgeführt sein, die

1. polnische Staatsangehörige sind,
2. am Tage der Auslegung der Wählerlisten das 21. Lebensjahr vollendet haben,
3. mindestens seit dem 12. August 1925 im Kreise ihren dauernden Wohnsitz haben,
4. die polnische Sprache in Wort und Schrift beherrschen,
5. die bürgerlichen Ehrenrechte besitzen.

Die Wählerlisten sind, wie schon oben erwähnt, eine Woche lang, mindestens sechs Stunden täglich, öffentlich auszuliegen. Die Auslegung der Listen ist vorher in der üblichen Weise bekannt zu geben mit dem Hinzufügen, daß jedem Wähler das Recht zusteht, schriftlich gegen die Richtigkeit der Liste zu Einsen des Schulzen Einspruch zu erheben, und zwar solange die Liste ausliegt. Der Schulze hat etwaige Einsprüche sofort dem Vorsitzenden der betreffenden Wahlkommission einzureichen.

Die bevorstehenden Wahlen stützen sich auf die Verordnung des Ministers für das ehemals polnische Teilgebiet vom 12. August 1921 über die Kreistagswahlen im ehemals preussischen Teilgebiet. Diese Verordnung bestimmt u. a.: Der Kreistag setzt sich aus so viel Mitgliedern, die von der Bevölkerung des Kreises zu wählen sind, zusammen, daß auf jede 1500 Einwohner ein Kreistagsmitglied entfällt. Die Wahlen zum Kreistag sind zum Teil mittelbar, zum Teil unmittelbar. Wenn zum mindesten drei Mitglieder des Kreistages zu wählen sind, sind die Wahlen Verhältniswahlen. In allen Städten werden die Kreistagsmitglieder von der Stadtverordnetenversammlung gewählt, die auf Grund der Verordnung vom 12. August 1921 gewählt ist. In den Städten, auf die mindestens ein Kreistagsmitglied entfällt, wählt es die Stadtverordnetenversammlung. Städte, die nicht das Recht haben, selbständig mindestens ein Kreistagsmitglied zu wählen, bilden zusammen einen Wahlbezirk. In Dorfgemeinden, auf die mindestens drei Kreistagsmitglieder entfallen, wählt die Gemeindevertretung. In den übrigen Landgemeinden und Gutsbezirken bildet der Kreisausschuß Wahlbezirke, die zum mindesten 6000 Einwohner zählen.

Bei den unmittelbaren Wahlen steht das Wahlrecht, ohne Rücksicht auf das Geschlecht, jedem polnischen Staatsbürger zu, der am 12. August 1925 das 21. Lebensjahr vollendet hat, seinen dauernden Wohnsitz im Kreise hat und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist. Das passive Wahlrecht steht jedem zu, der das 25. Lebensjahr vollendet, die Rechte des Wählers besitzt und außerdem die polnische Sprache in Wort und Schrift beherrscht. Die Wahlen sind spätestens bis zum 10. Dezember 1925 auf Grund des besonders herausgegebenen Wahlregulativs durchzuführen. Der Kreisausschuß setzt auf Grund der letzten Volkszählung die Zahl der Kreistagsmitglieder fest, verteilt sie auf die Städte und Dörfer nach dem Verhältnis der Bevölkerung, bestimmt die Wahlbezirke und veröffentlicht im „Dziennik Urzędowy“ des Kreises (Kreisblatt): 1. den Wahltermin, 2. den Ort und die Zeit der gemeinsamen Wahlungen der Gemeindevertreter, 3. die Zahl der Kreistagsmitglieder, 4. welche Dorfgemeinden mittelbar wählen, mit der Angabe der Zahl der auf sie entfallenden Kreistagsmitglieder, 5. die Grenzen der Wahlbezirke mit der Zahl der darauf entfallenden Kreistagsmitglieder. Spätestens 10 Tage nach Beendigung der Wahlen beruft der Stadtrat den Kreistag ein. Der Kreistag und der Kreisausschuß werden auf vier Jahre gewählt.

Aus dem Wahlregulativ vom 12. August 1921 sei noch folgendes hervorgehoben: Wie schon oben erwähnt, sind die Kandidatenlisten zu Händen des Vorsitzenden der Bezirkswahlkommission einzureichen. In Bromberg, wie oben erwähnt, bis zum 28. 10. 25. Diese Wahlkommission prüft die Kandidatenliste im Laufe einer Woche, verständigt sich in dieser Zeit mit den Vertrauensleuten der Kandidatenlisten zur Beseitigung von Mängeln, die sich aus den Listen ergeben könnten und stellt fest, welche Kandidatenlisten dem Recht entsprechen (Art. 17). Im Artikel 23 des Regulativs wird bestimmt, daß auf jeder Kandidatenliste aus den unterzeichneten Wählern ein Vertrauensmann zu bezeichnen ist, dessen Aufgabe ist: 1. die Beschaffung

fehlender Unterschriften, 2. die Vervollständigung der etwaigen unzureichenden Angaben über die Personen der Kandidaten, 3. die Beschaffung der zur Prüfung der Liste erforderlichen Materialien für den Vorsitzenden der Bezirkswahlkommission.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angedeutet.

Bromberg, 22. Oktober.

Doch Hundesperre!

Wie uns vom städtischen Polizeiamt mitgeteilt wird, ist entgegen unserer gestrigen Mitteilung doch über Bromberg die Hundesperre verhängt worden, und zwar unter dem 8. 10. 25. Leider sei aber die Verfügung im letzten städtischen Amtsblatt noch nicht erschienen, werde aber sicher im nächsten erscheinen. — Da in einer polizeilichen Mitteilung an uns die Hundesperre mit der Maul- und Klauenseuche in Hopfgarten (Brosza) in Verbindung gebracht war und die im neuesten Stadtanzeiger veröffentlichte Mitteilung über die Klauenseuche in Brosza nichts über die hiesige Hundesperre enthielt, lag es nahe, anzunehmen, daß die Angabe betr. der Hundesperre auf irgend einem Mißverständnis beruhte, zumal uns von irgendwelchen Zusammenhängen zwischen Maul- und Klauenseuche und Hundesperre bisher nicht das Geringste zu Ohren gekommen war und Hopfgarten überdies 13 Kilometer von Bromberg entfernt ist. Im übrigen sind wir sehr im Zweifel, ob etwaige Übertretungen einer nicht ordnungsmäßig veröffentlichten Verfügung strafbar sein könnten.

§ Schlafwagen dritter Klasse. Im Eisenbahnministerium beschäftigt man sich, wie uns aus Warschau berichtet wird, mit der Frage der Einführung von Schlafwagen dritter Klasse auf den polnischen Eisenbahnen. Ein Schlafwagen dritter Klasse würde 36 Schlafstellen haben. Geplant ist die Einführung solcher Schlafwagen vom 1. Januar kommenden Jahres an.

§ Der bienenwirtschaftliche Verein für Bromberg und Umgegend hielt am 18. d. M. in der Bahnhofs-Schule seine Monatsversammlung ab. Herr Jozef leitete die Sitzung und hielt einen zeitgemäßen Vortrag über Einwinterung der Bienen, woran sich eine rege Aussprache angeschlossen. Herr Kamecki führte an der Hand von Zeichnungen ein billiges neues Bienenhaus vor, das allerdings noch nicht ausprobiert ist. Nach Erledigung verschiedener Vereinsangelegenheiten und Aufnahme eines neuen Mitgliedes war die Tagesordnung erschöpft.

§ Der Landwirtschaftliche Kreisverein Bromberg hielt gestern nachmittag unter Leitung seines Vorsitzenden, Herrn Falkenthal, Elupowo, im Kasino seine Oktoberversammlung ab. Zunächst besprach Herr von Born-Ballos Kreditfragen, die auch für die Landwirtschaft bekanntlich von grundlegender Bedeutung sind. Sodann behandelte Geschäftsführer Steller verschiedene Steuerfragen, insbesondere die Vermögenssteuer, und Herr von Born-Ballos ergänzte die Ausführungen noch durch Einzelheiten. Dabei wies er — was auch hier betont sei — darauf hin, daß die Frist für Einlegung von Reklamationen gegen die Veranlagung zur Vermögenssteuer unverändert auf dreißig Tage nach Empfang der Veranlagung festgesetzt bleibe, wenn auch die Zahlungsfrist neuerdings von 30 auf 60 Tage verlängert sei. Im weiteren Verlauf hielt der Diplomlandwirt Chudziński, Posen, einen längeren Vortrag über Pflege der Saat, woran sich eine Aussprache angeschlossen. Es wurden dann noch verschiedene landwirtschaftliche Fragen erörtert, so z. B. die Getreide- und Viehpreise u. a. m.

§ In Schughast genommen wurde gestern eine Frau als geistesgestört. Sie hat vor kurzem ihren Mann verloren und befindet sich daher mit ihren vier Kindern in schwer bedrückter Lage. Die Sorgen um tägliche Brot können als Ursache der Geistesstörung gelten.

§ Als Schwindler festgenommen wurde ein gewisser Siegfried Spiegel aus Wien. Er hatte mit Wechseln und Waren „gearbeitet“ und mehrere Leute geschädigt.

§ In der Kirche bestohlen wurde gestern eine Frau Wladysława Rypinska, Hippelstraße (Kordeckiego) 16 wohnhaft. Während des Abendmahls (!) wurde ihr die Handtasche entwendet, in der sich neben Ausweispapieren auch das Geldbärgchen mit 200 Bloty Inhalt befand.

§ Eine Geldtasche mit Inhalt wurde gestern in der Danzigerstraße (Gdańska) gefunden. Es befand sich darin u. a. eine Radfahrkarte. (Kriminalpolizei, Zimmer 35).

§ Festgenommen wurden gestern eine geistesgestörte Frau, ein Schwindler und ein Trunkenbold.

Bereine, Veranstaltungen etc.

Niedertafel Bromberg. Familienabend Sonnabend, 24. 10. 25. Beginn 8 Uhr abends „Zivil-Kasino“. Alle aktiven und passiven Mitglieder nebst Angehörigen herzlich eingeladen. Einladungen zu haben bei Photograph Hannu, Gdańska 162. — Freitag, 23. 10., Übungsabend. Jeder Sänger hat die Pflicht, zu erscheinen. (8518)

Zwajazek Drobnych Kupców w Wydzioszece veranstaltet am Sonnabend, den 24. Oktober d. J., um 6 Uhr abends, in Widzietis (Alt-Wydgoszcz) ein großes Herbstvergügnen, wozu freundlichst einladet der Vorstand. (8498)

D. G. f. R. u. B. Der Vortrag von Direktor Dr. Schönbach „Um Gipfel der Welt“ wird auf Dienstag, den 27. Oktober, abends 8 Uhr, verlegt. Die gelösten Karten behalten Gültigkeit. (12242)

* Birnbaum (Miedzynhód), 20. Oktober. Bei einer Entenfestfeier auf dem Gute Goryzn kam es, dem „Kurjer“ zufolge, zum Streit, in dessen Verlauf der Arbeiter Jan Dikaf aus Wielowie den 30-jährigen Arbeiter Jan Jenez erschlug. Der Täter wurde verhaftet.

* Put, 20. Oktober. Vergangene Nacht gegen 2 1/2 Uhr verübte der aus Galizien stammende 21-jährige Knecht Jan Szyneczak, der bei dem Gastwirt Hamerling bedienstet ist, auf seine Dienstherrschaft einen Raubüberfall. Er hatte sich abends im Schlafzimmer unter dem Sofa versteckt, fiel, als das Ehepaar schlief, über den Ehegatten mit einem schweren Stein her und versetzte ihm einen Hieb gegen die Stirn. Hamerling rief um Hilfe, und dem Ehepaar gelang es schließlich, den Räuber zu überwältigen und festzunehmen, nachdem Hamerling fünf Kopfwunden und seine Frau eine davongetragen hatte. Szyneczak wurde nach Posen übergeführt.

* Posen (Poznań), 20. Oktober. Seinem Transporteur entwichen ist gestern nachmittag 4 Uhr zwischen Kettich und Rokietnice der Strafgefangene Giesław Wulczyński aus Posen, der noch 2 Jahre und 1 Monat Strafe in Bronke zu verbüßen hat. Er ist 24 Jahre alt, 1,68 Meter groß, hat rundes Gesicht, auf der linken Gesichtshälfte eine Schramme und war mit grauer Sträflingskleidung bekleidet. — Der Fernsprechkverkehr Posen-Breslau über Berlin ist mit dem heutigen Dienstag, 20. Oktober, aufgenommen worden. Das einfache Dreiminutengespräch kostet 3 Bloty, dringende Gespräche von drei Minuten 9 Bloty. — Die Wolkereien haben mit dem heutigen Tage den Butterpreis von 3 Bloty auf 2,80 Bloty, ebenso den Preis für das Liter Sahne von 3 Bloty auf 2,80 Bloty herabgesetzt.

* Posen (Poznań), 21. Oktober. Gestern nachmittag 4 Uhr wurde an der ul. Wajzowa (fr. Am Berliner Tor) der 23-jährige Arbeiter Ludwig Krasiewicz aus der ul. Krolejowa 32 (fr. Bahnstraße), der einen zweirädrigen Wägen vor sich hertrieb, von einem Militärkraftwagen von hinten mit voller Wucht angefahren und so schwer verletzt, daß er im Stadtkrankenhaus bald nach seiner Einlieferung verstarb. Die Schuld an dem Vorfall scheint allein den Lenker des Kraftwagens zu treffen. — Verhaftet wurde am Montag beim Übersetzen der Grenze bei Lissa der frühere Kassierer des polnischen Konsulats in Breslau aus Posen. Er wird beschuldigt, Beträge ohne genügende Anweisung verausgabt zu haben. Ob er selbst Geld für sich behalten hat, ist noch nicht erwiesen. Der Staat hat jedenfalls, nach dem „Kurjer“, einen Schaden von mehr als 30 000 Bloty erlitten. — Der Pawlitzsche Autobus erlitt gestern früh 8 Uhr zwischen Gondek und Posen einen Unfall. Das Steuer des Wagens verlagte beim Passieren einer Grabenbrücke, und der Wagen fiel in den Graben und zerbrach. Sämtliche Insassen wurden verletzt, aber zum Glück nur leicht. Zwei andere Autobusse, die von Schrimm kamen, nahmen die Verletzten auf und brachten sie nach Posen.

Landwirtschaftliches.

Große Zuchtviehauktion in Danzig am 4. und 5. November.

Der Katalog der 115. Zuchtviehversteigerung der Danziger Herdbuchgesellschaft am 4. und 5. November in Danzig-Langfuhr, Infanterieserne I ist jetzt erschienen. Es sind in dem Katalog aufgeführt: 66 sprungfähige Bullen, 218 hochtragende Kühe, 218 hochtragende Färsen und 42 Zuchtschweine, außerdem kommt eine Reihe nachträglich gemeldeter Tiere mit zur Versteigerung, so daß im ganzen zum Verkauf gelangen ca. 520 Rinder. Infolge des großen Auftriebs ist mit sehr niedrigen Preisen zu rechnen, die Ausfuhr nach Polen geht ohne Schwierigkeiten und Formalitäten voran. Da das hiesige Zuchtgebiet vollkommen frei von Maul- und Klauenseuche ist und sämtliche zur Auktion angemeldeten Tiere vor der Versteigerung auf Tuberkulose untersucht werden, ist dem Käufer die Gewähr gegeben, gesundes Vieh zu erwerben. Kataloge mit allen näheren Angaben über die Abstammung und Leistungen der Tiere usw. versendet kostenlos die Geschäftsstelle der Danziger Herdbuchgesellschaft in Danzig, Sandgrube 21.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Passivität der polnischen Außenhandelsbilanz hat bekanntlich schon seit Mai d. J. einen allmählichen Rückgang erfahren, der nur vorübergehend im Juli unterbrochen wurde, und es war vorauszusehen, daß die außerordentlich starke Abwertung der Einfuhr für den Monat August ein besonders günstiges Resultat ergeben würde. Tatsächlich belief sich, wie jetzt in Bekätigung früherer vorläufiger Meldungen den jenseits veröffentlichten Daten des Warschauer Statistischen Amtes zu entnehmen ist, die Einfuhr auf nur 246 298 Tonnen im Werte von 116 285 000 Bloty, die Ausfuhr auf 859 405 Tonnen im Werte von 104 389 000 Bloty, so daß sich also eine Passivität von nur 11 916 000 Bloty (gegenüber 86 523 000 Bloty im Juli) ergibt. So erfreulich dieses Ergebnis Herrn Grabski vielleicht auch für die schon sehr bedrohlich gewordene Entwicklung der Zahlungsbilanz erscheinen mag, zeigt sich doch bei einer näheren Betrachtung der polnischen Außenhandelsstatistik unter Heranziehung von früheren Vergleichszahlen ein recht bedenkliches Bild im Sinne der allgemeinen wirtschaftlichen Belange Polens. Wenn man sich z. B. den gesamten Außenhandelssummas Polens in den letzten Monaten vor Augen führt, so ist eine stark rückläufige Bewegung unverkennbar. Das beweisen folgende Zahlen: Der Außenhandelssummas (Einfuhr und Ausfuhr) betrug im März d. J. rund 30 Millionen Bloty, im April 27, im Mai 29, im Juni 27, im Juli 26 und im August 22 Millionen Bloty. Eine wesentliche Steigerung der Ausfuhr, die man schon seit langem prophezeit, ist bisher nicht eingetreten. Wenn der Export im August wieder ungefähr dem im Mai und Juni gleichkommt, und den im Juli um rund 18 Millionen Bloty übertrifft, so ist das in erster Linie auf die Getreideausfuhr im Werte von etwa 10,3 Mill. Bl. zurückzuführen, die im August seit langem wieder eingeht hat, wobei aber gleich angemerkt werden soll, daß diese bei weitem nicht das von den Produzenten erhoffte und von Grabski vorausgesagte Maß erreicht hat. Daß eine Korrektur der Getreideausfuhr bei dem gegenwärtigen Befinden des deutschen Absatzgebietes nicht möglich ist, ist ja eine Tatsache, die nicht mehr bewiesen zu werden braucht. Auch die polnische Kohlenausfuhr konnte bis jetzt nicht entfernt auf die Höhe gebracht werden, die sie zur Zeit besaß, als Deutschland noch Abnehmer war. Im Juni betrug die Kohlenausfuhr noch 866 000 Tonnen, sank dann im Juli infolge der deutschen Einfuhrsperre auf 537 000 Tonnen herab und hat im August nur auf 505 885 Tonnen gebracht werden können. Die unglücklichen Wirkungen des deutsch-polnischen Wirtschaftskrieges für Polen dauern also im wesentlichen unvermindert an. Auf der anderen Seite ist nicht zu bezweifeln, daß eine fortgesetzte Einfuhrbeschränkung zwangsläufig auch einen Rückgang der polnischen Einfuhr zur Folge haben wird; denn eine ganze Reihe von Staaten, die ein Interesse daran haben, ihre Waren in Polen abzusetzen, werden nicht geneigt sein, ihrerseits polnische Waren aufzunehmen, wenn ihnen der polnische Absatzmarkt immer mehr verschlossen wird. Der bedenkliche Rückgang des oben angezeigten Gesamtsummas dürfte sich damit noch verschärfen. Nur eine gründliche Revision der polnischen Außenhandelspolitik, insbesondere eine Verständigung mit seinem Nachbar Deutschland, kann dazu beitragen, daß der polnische Handel wieder in einigermaßen normale Bahnen gerät, eine Tatsache, der man sich an den maßgebenden Stellen in Warschau immer noch verschließt.

Kleine Rundschau.

* Wie Wieland arbeitete. Wie sehr sich Wieland in seine Arbeiten vertiefte, das mag folgende Szene erklären: Als er eben an seinem „Oberon“ arbeitete, trat sein Sekretär ins Zimmer und meldete etwas Wichtiges. Wieland hörte nicht. Der Sekretär wiederholte seine Meldung; er blieb ohne Antwort. Er wiederholte sie noch einmal, wieder vergeblich; da wagte es der Sekretär und legte Wieland die Hand auf den Arm. Da wandte Wieland sich um und sah ihn mit einem Blick an, der so verklärt war und so begeistert, daß jener seine Vosschaft fast vergaß. Endlich brachte er sie vor; Wieland nickte mit dem Kopfe ein freundliches Ja, das zu der Nachricht ganz und gar nicht paßte und fuhr fort zu schreiben. Als man dann beim Mittagessen von dieser Nachricht sprach, da war sie Wieland die überraschendste Neuigkeit, so sehr hatte sein Gegenstand ihn beschäftigt, so sehr hatte er sich an seinem Gedicht begeistert, daß er kein Wort vernommen hatte, was sein Sekretär zu ihm gesprochen.

* Ein seltenes Jubiläum. Die Familie des Rektors Küster in Düsseldorf kann, wie wir in der „Voss. Ztg.“ lesen, ein seltenes, wenn nicht sagen, einzig dastehendes Jubiläum begehen. Laut Stammbaum der Küsters hat sich in ihrer Familie in den letzten 250 Jahren der Lehrerberuf in den los vom Vater auf den Sohn vererbt, und immer war der Niederrhein die Stätte, wo dieser alte Lehradel festhaft war. In der Chronik von Schermbach bei Wesel taucht zuerst im Jahre 1675 ein Lehrer und Kantor mit diesem Namen auf. Vielleicht ist der Stamm noch älter, aber weitere Aufzeichnungen fehlen, sie sind wohl ein Opfer des dreißigjährigen Krieges geworden.

Hauptchriftleiter: Gotthold Starke; verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: E. Prągoszki; Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die schönen Kranzspenden anlässlich des Heimganges meiner innigstgeliebten Frau

Hanna Peterson

lage ich auch im Namen der anderen Hinterbliebenen meinen

tiefgefühlten Dank.

Ostke-Budgosczy, den 21. Oktober 1925.

Franz Peterson.

Polnisch. Unterricht
erteilt billig, auch
kleinen Kindern. 8-12
Dworcowa 14, 2 Tr., 115.

Von 9-2 Dworcowa 56

Rechts-Beistand
Dr. v. Behrens
(obrona praw.)

Von 4-8 Promenada 3

Kind, guter Her-
kunft, für
Eigen abzugeben. Off. u.
W. 8381 a. d. Off. d. 3

Kind, guter Her-
kunft, für
Eigen abzugeben. Off. u.
W. 8381 a. d. Off. d. 3

Verschied. Sorten gutes

Zafelobst

Apfel u. Birnen zu hab.

8376 Dogs, Terau 7.

Spitzer das richtige Haus für **Pelze**

Danzig, Gerbergasse 11/12.

Jetzt äußerst vorteilhafte Angebote.

Angezahlte Stücke können reserviert werden.

Pelzwerk kaufen ist Vertrauenssache. • Pelzwerk wird erheblich teurer.

Ich mache es Ihnen möglich

Ihren lieben Verstorbenen ein **Grabmal**
setzen zu lassen durch meine unerreichte

niedrigen Preise durch

gute Arbeit durch

Zahlungserleichterung.

Steinmetzmeister **G. Wodsack**,
nur Dworcowa 79. 11202

Mein Büro befindet sich jetzt

Stary Rynek 11

(im Hause der Bank Ludowy).

Dr. v. Budzyński, 12047

Tel. 371. Rechtsanwalt. Tel. 371.

Schülerheim Scherpingen

Scherpinger, Post Amt, Kreis Tarnobrzeg

eröffnet

vom 1. November bis 1. April

einen

Haushaltungskursus

für

schulentlassene junge Mädchen

Pensionsgeld 90 Zl. monatlich.

Meldungen an die Vorsteherin.

Ingeborg von Gyldefeldt.

Foto grafien

Passbilder

zu staunend billigen Preisen liefert sofort

Centrale für Fotografien nur Gdanska 19. 11382

Mode-Atelier Helene Otto,
Danzigerstraße 9, II. 6801

fertigt nach neuesten Modellen

Damen-Garderobe zu mäßigen Preisen.

DEUTZ

Motor-

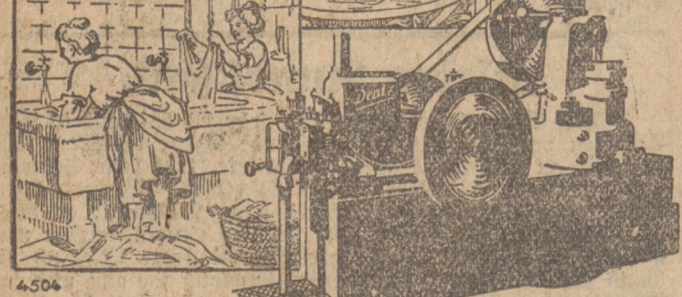
Pumpe

für

Haus-u.

Stallwasser-

Versorgung



Motorenfabrik Deutz A-G

Köln-Deutz

Vertreter für Freistaat Danzig und Pommerellen

sowie früher westpreussisches Gebiet:

Ingenieur **Max Schwentkowski**, Danzig-Langfuhr,

Brunshöferweg 47, Telefon 41408.

Vertretung für Posen: Ingenieur **Czesław Gottschalk**,

Poznań, ul. Spokojna 12. 7173

Empfehle meinen

la Tafelmostrich

„KOMETA“.

Dessgleichen kauft jeden Posten

Senf

und bietet um bemusterte Preisofferte

FR. SACHSE,
Fabryka musztardy i octu

WIELEN, Wielkopolska. 12108

Tuch- u. Strick-Griseuse

sucht Kunden außer dem

Gaule für Stricken und

Manifuren. Zu erfrag.

in d. Geschft. d. 31g. 8416

115. Buchviehauktion

der

Danziger Herdbuchgesellschaft G. V.

Am Mittwoch, den 4. November 1925, vorm. 10 Uhr

und Donnerstag, d. 5. November 1925, vorm. 9 Uhr

in

Danzig-Langfuhr, Husarentaserne 1.

Auftrieb:

70 sprungfähige Bullen,

210 hochtragende Kühe,

220 hochtragende Färsen, außerdem:

45 Eber und Sauen

der Yorkshire- und der veredelten Landschweine- und Mit-

gliedern der Danziger Schweinezüchtergesellschaft.

Das Zuchtgebiet ist vollkommen frei v. Maul- u. Klauenseuche.

Die Ausfuhr nach Polen ist unbeschränkt.

Kataloge mit allen näheren Angaben über Abstammung und

Leistungen der Tiere usw. versendet kostenlos

die Geschäftsstelle Danzig, Sandgrube 21. 11549

Hebamme

erteilt Rat und nimmt

Bestellungen entgegen

R. Stubińska,
Bydgoszcz, 12071

Natelska 17, II.

Alle Sorten 8382

Därme

Schulz, Dworcowa 18 d

Der Herr

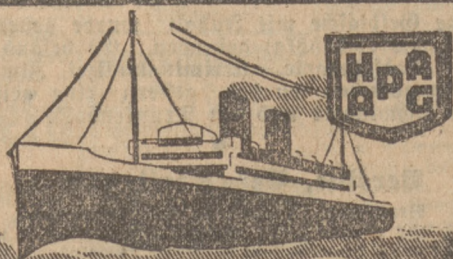
kleidet sich elegant bei

Waldemar Mühlstein

Schneidermeister

ul. Gdanska 150 Danzigerstr.

Fernruf Nr. 1355.



Nach Nord-Amerika
und **Canada**. Hamburg-
New York ca. wöchentlich.
Abfahrten. Gemeinsamer
Dienst mit **United**
American Lines

Nach Süd-Amerika
(Brasilien, Argentinien,
Westküste), Cuba-Mexi-
co, Westindien, Afrika,
Ostasien usw. in Verbin-
dung mit anderen Linien

Billige Beförderung, vorzügliche Verpflegung.

Auskünfte und Drucksachen über Fahrpreise und Beförderungsmöglichkeit durch

HAMBURG-AMERIKA LINIE

HAMBURG, Alsterdamm 25 und deren Vertreter

an allen größeren in- u. ausländischen

Plätzen.

Gelegenheitsläufe

insolge Geldknappheit:

Warme Babuschke 2.75

Warme Strickweater 3.75

Warme Kinderstiefel 4.75

Warme Kinderstiefel 4.75

Warme Damenstiefel 5.75

Warme Damenstiefel 6.75

Warme Damenstiefel 6.75

Warme Damenstiefel 6.75

Warme Damenstiefel 6.75

Warme Damenstiefel 6.75

Warme Damenstiefel 6.75

Filze

für

Industrie u. sonst. Zwecke

liefern prompt

Sander & Brathuhn,

Poznań, ul. Sew. Mielżyńskiego 23.

Telefon Nr. 40-19. 11738

Prima Überschl. Die beste Batterie

Steinbohlen „Patria“

ab Lager u. frei Haus

zu bill. Tagespreisen

Ewald Jeste,
Grunwaldstr. 96.

Telefon 1776. 8393

Heute, Donnerstag

Wurst-

und

Eisbein-Essen

im

„Bratwurstglöckle“.

Deutsche Gesellschaft für Kunst u. Wissenschaft

Der Vortrag

„Zum Gipfel der Welt“

wird auf Dienstag, den 27.

Oktober verlegt.

Die gelösten Karten behal-

ten Gültigkeit. 1241

Restaurant Bug
Jagiellońska 59. 8517
Heute, den 22. Oktober 1925
Wurst-
und **Eisbein-Essen**
Es ladet dazu ein der Wirt.

Heute, Donnerstag
Hotel International
Dworcowa 33
Groß. Wurstessen
Spez. Selbstmach.-Wurst
Dancing bis 3 Uhr wo-
zu erg. einlad.
Sowinski, Wirt.

Heute, Donnerstag
Hotel International
Dworcowa 33
Groß. Wurstessen
Spez. Selbstmach.-Wurst
Dancing bis 3 Uhr wo-
zu erg. einlad.
Sowinski, Wirt.

Heute, Donnerstag
Hotel International
Dworcowa 33
Groß. Wurstessen
Spez. Selbstmach.-Wurst
Dancing bis 3 Uhr wo-
zu erg. einlad.
Sowinski, Wirt.

Damen- u. Kinder-

Garderobe fertig

schnellst an. Schmidt,

Peterstraße 12a, II. 8430

Landschafts-

Gärtner!

Man kauft bei mir

Garten-Erzeugnisse in

bester Ware, bei Ab-

nahme großer Posten

zu den billigsten Preisen.

wie: Borsparn, Dea-

und Blütensträucher,

Buntblättrige Sträu-

cher, Solitärer Bäume,

Coniferen, Boden-

pflanzen, Kletter-

pflanzen, Stauden-

gewächse, Blumen-

zwiebeln, Obstbäume

in allen Formen,

Frucht- und Beeren-

sträucher usw.

Jul. Kof,

Gartenbaubetrieb,

Sw. Erbsen 15.

Fernruf 48. 11556

Alt Bromberg.

Täglich

Erbsensuppe m.

Epikbein

Flaki u.

Eisbein.

Heute, Donnerstag

Wurst-

und

Eisbein-Essen

eigenes Fabrikat.

Ed. Weidatich. 1241